

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 36 (2017)
Heft: 70

Buchbesprechung: Marginalien/ Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARGINALIEN/REZENSIONEN

Cynthia Cockburn: **Antimilitarism**. Political and Gender Dynamics of Peace Movements. Palgrave-MacMillan, Basingstoke 2012 (297 S.)

Über die Friedensbewegungen und insbesondere ihre gewaltfreien Ansätze wird und wurde auch in der Linken viel und gern geschmunzelt. Dass sie oft radikal und erfolgreich sind, ist weniger bekannt. In ihrem 2012 publizierten Buch *Antimilitarism* untersucht Cynthia Cockburn mittels exemplarischer Länder- und Themenstudien Antikriegs-, Antimilitarismus- und Friedensbewegungen rund um den Erdball und erläutert auf Basis unzähliger Interviews, Grundlagenpapieren und Erfolgsgeschichten, wo die Angriffspunkte, aber auch Abgründe und Konflikte innerhalb der politisch breit aufgestellten Bewegungen liegen.

Zahlreiche Aktionsbündnisse haben sich global vernetzt, beispielsweise in War Resisters' International (WRI), der pazifistischen und antimilitaristischen Internationale der Kriegsdienstgegner*innen, die in vierzig Ländern aktiv ist. «Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit» heisst es in ihrer Gründungserklärung von 1921. Viele ihrer Mitgliederorganisationen be-

greifen den gemeinsam postulierten gewaltfreien Widerstand gegen Krieg und Aufrüstung als antinationalistischen Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung und positionieren sich radikal links.

Ein Beispiel, das Cockburn in ihrem Buch beleuchtet, ist das Movimiento de Objectores de Conciencia (MOC), die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Spanien. Das MOC setzt sich mit seinem Programm der «totalen Verweigerung» seit 1979 kreativ und rebellisch gegen Staatsautoritarismus zur Wehr. Sein Instrument, den zivilen Ungehorsam, begreift es als kollektiven, revolutionären Ansatz gegen die Dienstpflicht, aber auch gegen die militärischen Strukturen und die repressiven und autoritären Werte, die auch nach der Militärdiktatur Francos weiterwirken. Sie lehnen jede Unterwerfung unter den Staat ab und verweigern nicht nur den Militär-, sondern auch den Zivildienst. Viele zahlten dafür einen hohen Preis. Sie wurden zu langen Haftstrafen verurteilt, gedemütigt und eingeschüchtert. Dennoch beteiligten sich Tausende junger Männer an der Dienstverweigerung. 1997 erreichten sie mit 130 000 Anträgen ihren Höhepunkt. Die Behörden versuchten durch harte Strafen und vorsätzliches verschleppen von Anklagen und

Gerichtsprozessen die Bewegung auszu-bremsen. Diese Versuche der Verzögerung und Vertuschung des Staates forderten die Aktivist*innen mit Selbstanzeigen heraus und liessen sich wieder und wieder aburteilen. Theatralisch inszenierten sie die Gerichtstermine, besetzten Militärgelände, färbten Panzer schwul-lesbisch lila oder störten den Militärdienst von innen. Unterstützung erhielten sie von Menschen aus ihrem direkten Umfeld, die bereits unter dem Franco-Regime erlebten, was Unterdrückung bedeutet. Zur Jahrtausendwende kapitulierte der Staat und schaffte die Milizarmee ab. Das Image der Armee war aber derart angeschlagen, dass trotz der Öffnung des Militärdienstes für Frauen anfänglich kaum zwei Drittel der geplanten Kontingente gefüllt werden konnten. Der Haupterfolg von MOC aber war die Schaffung einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit für Kriegs- und Aufrüstungsthemen und ganz allgemein die Stigmatisierung von Gefängnisstrafen als illegitime Praxis der Staatsgewalt.

Längst nicht alle Kriegsgegner*innen kämpfen wie MOC gewaltfrei oder pazifistisch. Viele sind überzeugt, dass es gerechte und notwendige (Befreiungs-)Kämpfe gibt, die es zu unterstützen gilt. Oft kommen diese Gruppen aus dem antiautoritären, anarchistischen Umfeld. Ihre politischen Wurzeln finden sie in den Bewegungen gegen Sklaverei und Kolonialismus, in der Antiapartheidbewegung oder den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Sie kommunizieren offen, dass sie zur Selbstverteidigung oder zum Kampf gegen autoritäre Regimes und Institutionen bereit sind, Gewalt einzusetzen. Sie positionieren sich dezidiert antikapitalistisch, staats- und religionskritisch und wählen als Aktionsform oft publikumswirksame – für einige schockierende – symbolische Angriffe

auf öffentliche Einrichtungen. Viele ihrer Kämpfe richteten sich auch gegen Institutionen, die Krieg verwalten oder Konflikte schüren. Ein ganzes Kapitel widmet Cockburn dem Kampf gegen die NATO-Erweiterung nach Westen und Osten. Am Beispiel der Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel 2009 in Strassburg erläutert sie, wie die direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt und die schonungslose Repression immer wieder die Bewegung zu spalten drohte. Doch auch hier schafften es die Aktivist*innen dank unermüdlicher interner Aussprachen und des Verzichts auf Dogmen Gemeinsames zu finden. Die Differenzen zwischen Antikriegsgruppen – so Cockburn – basieren denn auch weniger auf Wertekonflikten als auf divergierenden linken Systemanalysen. Spaltblock ist und bleibt die Frage, ob und in welchem Ausmass Kapitalismus als zentrale Ursache von Krieg betrachtet wird.

Cockburn betreibt weder Personenkult, noch interessiert sie sich für den einzig richtigen Weg. In unvergleichlicher Dichte leitet sie her, weshalb Menschen und Gruppen je nach historischem Kontext Gewalt unterschiedlich erfahren, bekämpfen und bewältigen. Ein spezielles Augenmerk legt sie auf den unterschiedlichen Erfahrungshintergrund von Frau und Mann. Denn, so Ulla Eberhard von der Initiativgruppe für eine feministische Agenda: «There is a Gordian knot connecting patriarchy and the military. To try to untie this knot from one end only won't work.» (S. 61) Während bei Männern der Widerstand gegen Krieg oft an der Rekrutierung und der autoritären Unterdrückung im Militärdienst entflammt, mobilisiert Frauen vorerst die physische und psychische Zerstörung ihrer Männer und Söhne im Krieg. Diese Empathie mit Angehörigen, aber auch der Austausch mit feministischen und emanzipa-

torischen Bewegungen sensibilisierte Frauen für die unmittelbaren und langfristigen Folgen von Gewalt. Dies schärfte ihre Wahrnehmung für psychische Zerstörung, die in Form militarisierter Gewalt patriarchale Gesellschaftsmuster reproduziert. So versammeln sich heute in vielen Städten von Buenos Aires bis Bangalore, Jerusalem, Kapstadt, Belgrad und London «Frauen in Schwarz» im Namen eines «gerechten Friedens» zu Mahnwachen gegen Krieg, Gewalt und Rüstungsexporte. Aus der Analyse ihrer spezifischen Betroffenheit erkannten viele in der Verknüpfung von Patriarchat und Militarismus die Konstruktion einer Männlichkeit, die sich in häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder entlädt.

In die Praxis übertragen wurde diese radikal feministische Analyse erstmals in den frühen 1980er-Jahren nach dem NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung 140 US-amerikanischer Cruise- und Pershing-II-Raketen auf dem ehemaligen Militärflugplatz in Greenham Common in England. Nach dem Protestmarsch gegen den Regierungsentscheid ketteten sich rund 250 Frauen aus Protest gegen die nukleare Aufrüstung an den Absperrzaun. Sie errichteten ein Frauenfriedenscamp vor den Toren der US-Basis und blieben bei Wind, Regen und Schnee während mehrerer Monate und Jahre dort, um den Transport der Nuklearsprengkörper zu behindern und zu skandalisieren. Sie dekorierten unzählige Kilometer Zaun mit Blumen, Stickmustern und Tüchern, verlangten publikumswirksame Aussprachen mit Regierungsvertreter*innen und fanden immer neue Methoden, um für Aktionen durch den messerscharfen Natodraht in die Hochsicherheitszone vorzudringen. Mit zivilem Ungehorsam widersetzten sie sich den Räumungsversuchen, den Bürgerwehrtackten und den Belästigungen durch US-

Soldaten. Über die Grundelemente weibliche Nacktheit, Singen und Stricken modulierten sie immer neue Protestformen und schafften es damit, die Aufrüstungs- und Sicherheitsbestrebungen der führenden Weltmächte lächerlich zu machen. Dank breiter Solidarität aus der Bevölkerung überlebte das Camp ein gutes Jahrzehnt. Einige Frauen hielten durch, bis 1992 die letzten Raketen abgezogen wurden.

In diesem Frauenfriedenscamp wurde erstmals explizit formuliert, dass Frauen auch innerhalb der politischen Kämpfe und Bewegungen durch Mitstreiter oder Partner tätlich bedroht und verletzt werden; dass die Militarisierung also auch ihr Leben durchdringt. Frauen erkannten, dass Männer sie in ihrem Kampf behindern, und verboten diesen, sich im Camp aufzuhalten und an ihren Aktionen teilzunehmen. Dieser rigorose Ausschluss der Männer war für viele traumatisch. Einige nannten es Faschismus, andere bedauerten die Männer, wieder andere aber waren geradezu euphorisch. Cockburn verweist hier auf Barbara Harford und Sarah Hopkins, welche konstatieren: «Thousands of women identify with Greenham because they see women taking initiative that builds on, rather than denies, women's strength [...]. [It] isn't so much anti-men as pro-women.» (S. 39)

Mit ihrem Buch schenkt uns Cockburn ein echtes Who's who der Friedensbewegung. Sie reiste nach Japan, Korea, Palästina, Spanien und dokumentiert unterschiedlichste Schattierungen von Antikriegsinitiativen zwischen religiösem Pazifismus und Militanz, ohne jemanden abzuwerten. So spannt sie einen Regenbogen aus Widerstand ans Firmament, der uns, ohne das Konfliktpotenzial innerhalb sozialer Bewegungen ausser Acht zu lassen, für zukünftige Kämpfe inspirieren kann.

Antimilitarism wie auch Cynthia Cockburns frühere Bücher zu feministischer Friedenspolitik sind ein Muss für alle, die sich für die Komplexität und die Widersprüche in linken, feministischen und Graswurzelbewegungen interessieren. Für die vertiefte Erforschung regionaler oder nationaler Bewegungen erschliessen sie einen weitläufigen Fundus an Quellen zu Personen, Gruppen und Netzwerken. Nicht zuletzt lernen wir mit Cockburn Frauen und Männer kennen, die durch jahrzehntelanges Engagement die Friedensbewegungen mitgeprägt und weiterentwickelt haben.

Nina Schneider

Annemarie Sancar / Sidonia Gabriel:
Gendergerechte Friedenspolitik. Friedensarbeit und Frauenrechte im Spiegel von KOFF. KOFF Essentials 01/2015. swisspeace, Bern (43 S.). Und: Annemarie Sancar: **Der soziale Alltag im Fokus.** Feministische Perspektiven auf die Managementlogik der Friedensförderung. In: *Neue Wege* 7–8, 2017 (S. 15–17)

Gleich zwei Texte von Annemarie Sancar beschäftigen sich mit der Geschlechterperspektive in der Friedensförderung: zum einen ein gemeinsam mit Sidonia Gabriel verfasster Rückblick auf die diesbezüglichen Aktivitäten des Kompetenzzentrums für Friedensförderung (KOFF), zum anderen ein aktueller, kurzer und prägnanter Artikel in der Zeitschrift *Neue Wege*. Aus unterschiedlicher Warte und in unterschiedlicher Form beleuchten beide Texte die Frage, inwiefern eine Frauen- respektive Geschlechterperspektive in die Friedensförderung der Schweiz eingebracht wurde und wird. Dahinter steckt die sehr

viel komplexere Frage, ob und inwiefern sich die Situation der Frauen in den jeweiligen Konfliktgebieten durch die friedenspolitische Arbeit der Schweiz tatsächlich verbessert hat. Annemarie Sancar bezweifelt die Verbesserung: Wenn Sicherheit aus einer sozialen und nicht militaristischen Optik beleuchtet wird, zeigt sich, dass Gewalt gegen Frauen nicht zurückgegangen ist. Aber auch andere Unsicherheitsfaktoren, spezifisch für Frauen, werden durch die offizielle Friedensförderung nicht beseitigt, da sie gar nicht erst in den Blick gerückt werden. So wird zu wenig beachtet, dass Frauen in vielen Ländern schlechteren Zugang zu Bildung haben und auf dem Arbeitsmarkt entsprechend in unsicheren informellen Bereichen Arbeit finden, die ein hohes soziales und finanzielles Risiko mit sich bringen. Insgesamt, so Sancar's Fazit im *Neue Wege*-Artikel, prägen nach wie vor zu viele Unsicherheitsfaktoren den Alltag von Frauen, auch Jahre nach einem Friedensschluss. Und dies trotz massiver Bemühungen auf internationalem Parkett, die Sicherheit von Frauen und Mädchen in und nach Konflikten zu erhöhen. Was ist da schiefgelaufen?

Der Bericht *Gendergerechte Friedenspolitik. Friedensarbeit und Frauenrechte im Spiegel von KOFF* zeichnet die sehr spannende Verbindung zwischen der Schweizer Friedensförderung und der feministischen Friedenspolitik der Schweiz nach. Das KOFF vernetzt 49 Trägerorganisationen der Schweizer Friedensförderung. Es wurde 2001 vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und mehreren Schweizer NGOs gegründet und wird unter dem Dach von swisspeace, dem Institut für Friedensforschung an der Universität Basel, geführt.

Die Verbindung von Friedensförderung und feministischer Friedenspolitik begann

Mitte der 1990er-Jahre, in den Jahren nach der Weltfrauenkonferenz in Beijing (1995) und im Anschluss an den Bosnienkrieg (1992–1995), der international grosse Empörung auslöste: Zum ersten Mal wurde genderspezifische Gewalt und Vergewaltigung als Kriegswaffe öffentlich diskutiert. Die Tatsache, dass UN-Mitarbeiter bei Aktivitäten von Frauenhandel und Prostitution zumindest indirekt oder durch Duldung beteiligt waren, rückte zudem die Frage nach der strukturellen Dimension von Geschlechterungleichheit ins Blickfeld. So wurde ab 1995, wie der KOFF-Bericht festhält, die Friedensforschung um die Dimension Geschlecht erweitert. Diese konzeptionelle Erweiterung führte bei swisspeace 1998 zur Lancierung der legendären Frauen-Rundtische, an die NGOs, Verwaltung, Wissenschaft und internationale Friedensmissionen eingeladen wurden. Diskutiert wurde an diesen Runden Tischen insbesondere die Bedeutung frauenspezifischer Perspektiven in der Friedensarbeit und -politik. Die Resultate aus diesen Diskussionen flossen, dank der guten Vernetzung der beteiligten Organisationen, in den Wortlaut des Nationalen Aktionsplans «Gleichstellung, Entwicklung und Frieden» ein. Die Frauen-Rundtische werden mit zeitweiligen Unterbrüchen bis heute durchgeführt und trugen insgesamt einiges zum gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Konzepte und Strategien bei. Doch, und hier kritisiert der KOFF-Bericht rückblickend auch die eigene Arbeit, geriet ob der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Ansprüchen an Theorie, Empirie und Praxis zeitweilig der Anspruch, die Genderperspektive in die reale Friedens- und Konfliktforschung einzubringen, etwas aus dem Blick.

Und so konnten die Rundtische auch nicht verhindern, dass sich die zunehmen-

de Technisierung der Friedensförderung auch im KOFF niederschlug: Im Jahr 2000 hat die Schweiz die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates «Frauen, Frieden, Sicherheit» unterzeichnet und erstattet seither Bericht zu den dort aufgeführten Massnahmen – dieses Gender-Monitoring wird am KOFF durchgeführt. Gender wurde zunehmend auf ein «bürokratisches Instrument reduziert», eine «Folge der managementorientierten Verwaltungslogik, nach welcher Gender als Phänomen arithmetischer Ungleichheiten erscheint.» (KOFF, S. 31)

Gemeint ist damit, dass ein simples Zählen von Ungleichheiten, zum Beispiel die Anzahl von Frauen in den politischen Friedensförderungsgremien, die Ungleichheiten an sich nicht angreift, sondern lediglich aufzeigt. Gender-Mainstreaming, so kritisiert Sancar denn auch in ihrem Text in *Neue Wege*, mag zwar kleine Verbesserungen gebracht haben, Transformationen im Sinne einer feministischen Kritik des globalen Wirtschaftssystems gebe es aber nicht. Sie hat nicht unrecht: Fehlen dem Gender-Mainstreaming die Visionen, die politischen Dimensionen, das Darüber-hinaus-Gehen-Wollen, verkommt es zum inhaltsleeren Rechtfertigungsprozess ohne Folgen. Und schlimmer noch: Die Vereinfachungen durch die technologischen Abläufe sind anfällig auf Verkürzungen, es kann sogar zu Stereotypisierungen und Essenzialisierungen von traditionellen Geschlechterbildern führen: männliche Täter versus weibliche Opfer – männliche Beschützer versus ungeschützte Frauen.

Hier braucht es gute und scharfsichtige Analysen und neue Praxisansätze in der Friedensförderung – und Sancar macht einen interessanten Vorschlag: Eine feministische Perspektive umfasst immer die wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung der Arbeit insgesamt, also auch

der unbezahlten Sorgearbeit. Denn zur «Sicherheit» gehören neben dem Schutz körperlicher Integrität eben auch wirtschaftliche und soziale Sicherheiten, wie wir sie ja auch für uns hier einfordern: der Anspruch auf eine sicher bezahlte Arbeit und der Anspruch auf Zeit, um daneben die unbezahlten Arbeiten erfüllen zu können, zu denen die Sorge und Betreuung von Angehörigen gehört. Leider endet damit Sancars Plädoyer. Unklar bleibt, wie die Care-Perspektive tatsächlich in die Friedensförderung eingebracht werden könnte. Denn klar ist, dass dafür die zentralen Konzepte und Dokumente wie die UN-Resolution 1325 nicht ausreichen: Dort fehlen diese tiefer gehenden Aspekte weitgehend. Die Implementierung des «Care-Diamond», wie ihn Shahra Razavi vor fast fünfzehn Jahren vorgeschlagen hat, könnte Antwort geben: Care-Arbeit zwischen den vier Eckpunkten Staat, Markt, Zivilgesellschaft und Haushalt. Wenn sich die Verteilung der Care-Arbeit in die Ecke Haushalt verschiebt und damit zum grössten Teil als unbezahlte Arbeit auf den Schultern der Frauen lastet, verschlechtert sich deren Lebensqualität massiv, da diese Arbeit zu allen anderen hinzukommt. Andersherum: Wenn der Staat, unterstützt von zivilgesellschaftlichen Initiativen und begleitet von geregelten marktwirtschaftlichen Angeboten (z. B. Kitas, Tagesschulen etc.), einen Teil der Care-Arbeit und damit seiner Verantwortung übernimmt, erst dann können Frauen eine selbständige, unabhängige und gesicherte Existenz in Nachkriegsgesellschaften aufbauen. Ob dies das richtige theoretische Konzept wäre, um die Sicherheit von Frauen in einem erweiterten Sinn zu gewährleisten, welche Netzwerke dafür mobilisiert werden müssten und welche Rolle bei alledem der Nationale Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 spielen könnte, all dies

müsste in einem nächsten Schritt diskutiert werden. Vielleicht an einem KOFF-Frauen-Rundtisch?

Lilian Fankhauser

Tagungsbericht: **100 Jahre Stockholmer Friedenskonferenz.** It's not about Revolution, it's about Peace! 14. September 2017, Frauenzentrum Zürich

Mit der Konferenz «100 Jahre Stockholmer Friedenskonferenz» im Frauenzentrum in Zürich endete die Veranstaltungsreihe zu den drei Zimmerwalder Konferenzen und den Frauenfriedenskonferenzen während des Ersten Weltkrieges. In Referaten wurde der Vorreiterrolle der Frauen in der Friedensarbeit seit dem Ersten Weltkrieg bis heute gedacht und ausblickend mit einer Podiumsdiskussion über den Kampf gegen den Krieg heute diskutiert. Die Veranstaltung wurde organisiert von den Frauen für den Frieden Schweiz, der Robert-Grimm-Gesellschaft und der Women's International League for Peace and Freedom Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Friedensrat und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 brach die Sozialistische Internationale wie ein Kartenhaus zusammen. Selbst mit einer Reihe von Vermittlungsgesprächen, zunächst zwischen den schweizerischen und italienischen (Lugano, September 1914) und dann zwischen den skandinavischen und holländischen (Kopenhagen, Januar 1915) GenossenInnen, gelang es den sozialdemokratischen Parteien mit ihrem Internationalen Sozialistischen Büro (ISB) in Brüssel nicht, sie wiederaufzubauen. Auf Anregung der deut-

schen Sozialistin Clara Zetkin (1857–1933) gelang es jedoch, in Zusammenarbeit mit den InternationalistInnen Robert Grimm (1881–1958) und Angelica Balabanoff (1869–1965), in der letzten Märzwoche 1915 die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern illegal durchzuführen. Mit dem verabschiedeten Manifest «Frauen des arbeitenden Volkes!» wurden die Frauen aller Länder zu Friedensaktionen aufgerufen.

Exakt einen Monat später, in der letzten Aprilwoche 1915, fand in Den Haag mit über 1300 Teilnehmerinnen aus dreizehn Ländern der zu dieser Zeit wohl grösste internationale Frauenfriedenskongress statt. Aus diesem Kongress ging die Internationale Frauenvereinigung für dauernden Frieden hervor, die später in Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) umbenannt wurde und sich bis heute für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung einsetzt. Erst danach fand sich Anfang September 1915 die sozialistische Opposition in Zimmerwald zusammen und verabschiedete das Zimmerwalder Manifest für den Frieden. Es folgte im Frühling 1916 in Kiental die zweite Zimmerwalder Konferenz mit Beschlüssen und Resolutionen zur Herbeiführung des Friedens.

Erst mit der Verlegung des ISB-Büros nach Stockholm im Frühjahr 1917 konnten die Verhandlungen für eine sozialistische Friedenskonferenz wiederaufgenommen werden. Doch die Bemühungen scheiterten. Anfangs September 1917 fand hingegen die dritte Zimmerwalder Konferenz in Stockholm statt. Gleich anschliessend, am 24. September, hielt die Sozialistische Fraueninternationale ihre eigene – wenig bekannte – Beratung in Stockholm ab, welche die Sozialistin Angelica Balabanoff auf Wunsch von Clara Zetkin einberufen hatte. Die Teilnehmerinnen aus Bulgarien,

Deutschland, Finnland, Italien, Österreich, Rumänien, Russland, Schweden und der Schweiz erstatteten Bericht über Not und Missstände in ihrem jeweiligen Land.

Die Veranstaltung «100 Jahre Stockholmer Friedenskonferenz» erinnerte an diese Tage in Stockholm und stand vor allem im Gedenken an all die Frauen, die gegen den Krieg gekämpft haben, insbesondere an Clara Zetkin und Clara Ragaz, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

In ihrem Referat würdigte Marga Voigt, Herausgeberin der Clara-Zetkin-Briefe aus dem Ersten Weltkrieg und Co-Autorin dieses Beitrags, die politische Arbeit von Clara Zetkin. Zetkin war eine treibende Kraft in der deutschen Sozialdemokratie (SPD) auf der europäischen Bühne, ebenso als Sekretärin der 1907 gegründeten Sozialistischen Fraueninternationale. Nach dem Hereinbrechen des Ersten Weltkrieges schloss sie sich innerhalb der SPD der «Gruppe Internationale» um Rosa Luxemburg (1871–1919) und Karl Liebknecht (1871–1919) an. Als Internationalistin positionierte sie sich bei Kriegsausbruch als Kriegsgegnerin, als Sozialdemokratin knüpfte sie die zerrissenen Fäden ins Ausland neu und organisierte bereits im März 1915 die genannte Frauenkonferenz in Bern, die 25 Sozialistinnen aus acht Ländern, auch aus den Krieg führenden, vereinigte. Zu Unrecht steht die Berner Frauenkonferenz im Schatten derer von Zimmerwald und Kiental: Das Berner Friedensmanifest der Sozialistinnen war ein erstes deutliches Signal für den Friedenskampf.

Clara Zetkin war der Überzeugung, dass die Vorbedingung für ein internationales Zusammenwirken der SozialistInnen für den Frieden eine grundsätzliche Klärung ihrer Stellungnahme zu Militarismus und Krieg sei. Die Sozialistinnen waren überzeugt, dass der Krieg eine der

grössten sozialen Krisen sei und mit seinen Schlägen das treffe, was den Frauen am teuersten sei und deshalb eine starke Triebkraft bilden würde.

Zum schweizerischen Frauentag im März 1917 schickte Clara Zetkin Marie Hüni (1871–1949), der Redakteurin des Frauenblattes *Die Vorkämpferin*, einen offenen Brief und betonte, die Genossinnen aller Länder seien in grosser Mehrheit auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung geblieben. An den Völkern sei es, in allen Ländern durch die Bekundung ihrer Erkenntnis und ihres Willens dem Frieden die Bahn zu öffnen. Und an den Völkern, das besage auch: an den Frauen. Und weiter: «Sind die Frauen nicht die Hälfte, und jetzt unter dem Wüten des Krieges erst recht die grosse Hälfte der Völker? Sind sie es nicht, die nun in der Familie Vater- und Mutterpflicht zugleich erfüllen, die Räder des Wirtschaftsgetriebes intakt halten, im Schul- und Verkehrswesen, in der Gemeinde und im Staat die Lücken schliessen, die in die Reihen der wirkenden Männer durch den Dienst im Schützengraben und in der Kaserne gerissen werden? Der Krieg wandelt die soziale Schwäche der Frauen in Macht, wenn die Frauen wissen, wollen und handeln.»¹

Im Juli 1917 liess Clara Zetkin die schwedische Genossin Anna Lindhagen (1870–1941) in einem Brief wissen, dass sie es «für absolut notwendig» halte, dass die sozialistischen Frauen überall mitwirkten, wo «ehrlich und ernst» für einen Frieden gekämpft würde: «Gerade weil wir Frauen weibliche Menschen, nicht missratene, verpfuschte Kopien der Männer sind und unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte für die Betrachtung und Lösung der vorliegenden Probleme mitbringen.»²

Auch Clara Ragaz Nadig (1874–1957) sah sich als Sozialistin, aber als religiös-soziale.

Sie beharrte auf friedlichen Mitteln im Kampf und lehnte «blinden Hass» ab. Clara Ragaz nimmt innerhalb der schweizerischen Frauen- und Friedensbewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen bedeutenden Platz ein. Sie engagierte sich unter anderem für die Heimarbeiterinnen mit ihren niedrigen Löhnen. Während des Ersten Weltkriegs wurde sie nach einigen Monaten aktive Verfechterin des Friedens. Am 15. Mai 1915 hielt sie in Biel den Vortrag «Die Frau und der Friede». Darin äusserte sie, die politische Gleichstellung sei unabdingbar, sollte aber nicht Selbstzweck sein, sondern das höhere Ganze im Auge behalten.

Stockholm war nicht erst 1917 Treffpunkt, um über Friedensverhandlungen nachzudenken. Als Schweizer Delegierte nahm Clara Ragaz im Jahr 1916 an der inoffiziellen, vom Industriellen Henry Ford einberufenen Neutralen Vermittlungs-Konferenz zu Stockholm teil. Sie wurde begleitet von Marguerite Gobat, Tochter des Friedensnobelpreisträgers Albert Gobat und Mitgründerin der Schweizer IFFF-Sektion.

Clara Ragaz befürwortete die Gründung des Völkerbundes (1920), aber war gegen die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, im Falle eines kriegerischen Aktes gegen einen Mitgliedstaat sofort und direkt dem betroffenen Staat militärisch zu Hilfe zu eilen. Sie war eine sehr gute Netzwerkerin. Gemeinsam mit der Chemieprofessorin und Frauenrechtlerin Gertrud Woker (1878–1968) setzte sie sich gegen Chemie- und Gaswaffen ein und gründete die IFFF-Kommission gegen wissenschaftliche Kriegsführung. Schon 1915 war Clara Ragaz Mitbegründerin der Schweizer Sektion der IFFF und war bis 1946 deren Präsidentin. Während des Zweiten Weltkrieges amtierte sie als Internationale Vizepräsidentin der IFFF.

In ihrem Kongressvortrag zeichnete die Historikerin Katharina Hermann die Rolle

der Frauen im Ersten Weltkrieg nach; ausgehend von Schweizer Sozialistinnen schlug sie auch eine Brücke zu bürgerlichen Frauen, ebenso zu Frauen in anderen Staaten.

Hermann fragte: Was trieb die Frauen an, gegen den Krieg zu protestieren? Die Politisierung der Frauen hing stark mit den Entbehrungen während der Kriegsjahre zusammen. Viele Familien gerieten durch die stetig steigende Teuerung und wegen fehlender Einkommen der im Militär dienenden Männer in finanzielle Not. Dies führte zu einer Mehrfachbelastung für die Frauen. Während die Männer an der Schweizer Grenze «jassten», mussten die Frauen zu Hause für den Lebensunterhalt der Familie sorgen. Frauen konnten, auch als Fabrikarbeiterinnen, den Lohnverlust des Mannes nicht ersetzen, da sie in fast allen Bereichen viel weniger als die Männer verdienten. In der Industrie wurde den Frauen rund 55 Prozent des Lohnes eines männlichen Industriearbeiters bezahlt; meist war sogar der höchste Frauenlohn geringer als der niedrigste Männerlohn.

Die finanzielle Not und die Schwierigkeit, die Familie zu ernähren, politisierte die Arbeiterfrauen und brachte sie dazu, sich zu organisieren. Auf den Veranstaltungen gegen Krieg und Teuerung gewannen die Arbeiterinnenvereine und Frauengruppen der sozialdemokratischen Partei neue Mitglieder. Im Sommer 1918 fand in der Stadt Zürich, angeführt von der Sozialistin Rosa Bloch-Bollag (1880–1922), eine grosse Frauendemonstration statt. Die Frauen forderten Massnahmen gegen die Teuerung, Sicherung der Lebensmittelversorgung und Notunterstützung der Wehrmannsfamilien, auch wenn die Frau einer Erwerbstätigkeit nachging. Die Arbeiterinnen beteiligten sich schweizweit ebenso an gezielten Aktionen und Blockaden beim Landesstreik 1918.

Auch bürgerliche Frauen engagierten sich während des Krieges. Sie wollten sich nach Kriegsbeginn in den Dienst ihres Landes stellen und gründeten bereits 1914 die Zentralstelle Frauenhilfe zur Koordination des ehrenamtlichen Engagements. So wurde für die Armee um die Wette gestrickt und genäht. Diese Arbeit führte zu Spannungen mit den Arbeiterinnen: Die bürgerlichen Frauen erbrachten mit ihren Strick- und Näharbeiten ohne Bezahlung einen sogenannten Liebesdienst, während die Arbeiterinnen auf Einkommen angewiesen waren.

Sowohl die Arbeiterinnen wie auch die bürgerlichen Frauen hofften, für ihren Einsatz mit politischen Rechten, nicht zuletzt dem Frauenstimmrecht belohnt zu werden – aber vergebens. Während in Deutschland und Österreich das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, schmetterten die Schweizer Männer in den sechs kantonalen Abstimmungen zwischen 1919 und 1921 das Frauenstimmrecht ab. Die Arbeiter verwarfen an der Urne das Frauenstimmrecht ebenso wuchtig wie das Bürgertum.

Die Geschichte der wohl bedeutendsten pazifistischen Frauenorganisation der Zwischenkriegszeit geht auf den Frauenfriedenskongress in Den Haag zurück. Seit 1918 ist sie unter dem Namen Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) oder Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) bekannt. Die IFFF war demnach auch Thema der Konferenz. Die Forderungen von damals, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die allgemeine und totale Abrüstung sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter, Rassen und Konfessionen, sind auch heute noch aktuell.

Die IFFF verfasste anlässlich ihres Jubiläums 2015 das Manifest «100 Jahre Frie-

densarbeit». Darin benennt sie die Wurzeln von Konflikten und Kriegen, darunter den Militarismus als Geisteshaltung, das kapitalistische Wirtschaftssystem und das Patriarchat. Die Frauen der IFFF verstehen diese Ursachen als sich überschneidende und gegenseitig verstärkende Machtsysteme, die auf Gewalt begründet sind und Kriege fördern. So setzen sie sich mit kreativen Mitteln ein für weltweite Abrüstung, nachhaltige Wirtschaftssysteme, vermittelnde multilaterale Organisationen und die Verwirklichung der Frauen- und Menschenrechte, um den Frieden zu erreichen.

Bereits 1915 setzte die IFFF statt auf kriegsgerische Armeeeinheiten auf völkerrechtliche Instrumente und bei internationalen Konflikten auf den Einsatz von Schiedsgerichten. Im Rahmen der UNO bringt sich die IFFF erfolgreich auf der institutionellen Ebene ein. So konnte sie dazu beitragen, dass der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 die Resolution 1325 verabschiedete, die Grundsätze einer Friedenspolitik formuliert, die der Gleichberechtigung Rechnung trägt und die Teilnahme von Frauen an Friedenskonferenzen und Verhandlungstischen vorsieht. Im Juli 2017 unterstützte die IFFF das neu verabschiedete generelle Atomwaffenverbot, das jedoch ohne die Beteiligung der NATO-Staaten erarbeitet wurde. Die weltweit über dreissig Sektionen der IFFF engagieren sich national gegen die Militarisierung der Gesellschaft und verfolgen die Einhaltung der Menschen- und Sozialrechte ihrer Landesregierungen.

Die abschliessende Podiumsdiskussion des Kongresses zeigte, dass diese feministischen Ansätze aus der Geschichte auch heute durchaus fruchtbar gemacht werden können. Einer dieser Ansätze liegt in der Vernetzung der Frauen, dem Schmieden von nationalen und internationalen Allianzen. Aufgrund der sich verbreitenden

Vereinzelung als Folge der Neoliberalisierung wird dies umso wichtiger, so der Tenor der Diskussion. Dabei ist die mediale Vernetzung, aber auch die persönliche Begegnung von Bedeutung, um die Nachhaltigkeit der Verbindungen zu stärken. Ein gutes Beispiel für eine solche Vernetzungsarbeit seien die «16 Tage gegen Gewalt an Frauen», an denen sich in der Schweiz seit 2008 nunmehr über sechzig Organisationen beteiligen, meinte Helena Nyberg, Vorstandsmitglied der IFFF Schweiz und Co-Autorin dieses Beitrags. Die Vernetzung müsse über nationale Grenzen hinaus geschehen, um friedenswirksame Veränderungen zu bewirken. Immerhin besteht die IFFF noch heute in über dreissig Ländern, während es eine zielgerichtete sozialistische Fraueninternationale in dieser Form nicht mehr gibt. So stand plötzlich die Frage nach dem Warum im Raum – angesichts der zahllosen, mit Waffen ausgetragenen Kriege und Konflikte weltweit.

An den Kampf der Frauen für einen dauerhaften Frieden zu erinnern, sie trotz ihres teilweisen Scheiterns im Gedächtnis zu behalten, sei ihr ein grosses Anliegen, betonte Katharina Hermann. Aus der Geschichte der Frauenkämpfe für den Frieden lasse sich ableiten, so die Teilnehmenden der Veranstaltung, dass es noch immer wichtig sei, Forderungen an die Regierungen zu stellen, die von allen Frauen geteilt würden. So waren das Frauenstimmrecht oder die Forderung nach Nahrungssicherheit im Krieg Anliegen, die alle Frauen vertraten. Im Hinblick auf die Debatten über Queer und Intersektionalität sind die Friedensforderungen der Frauen heute Forderungen, die alle Menschen teilen können.

Beim Betrachten der aktuellen Forderungen der IFFF-Frauen und des feministischen Manifests der SP-Frauen* Schweiz³ sehen die Podiumsteilnehmerinnen

durchaus Gemeinsamkeiten. Natascha Wey, Co-Präsidentin der SP-Frauen*, stellte fest, dass kaum ein Nachdenken über die Ursachen von Krieg und Konflikten stattfindet und solche Grundsatzfragen von den Frauen heute nicht mehr gestellt würden: Den Frieden und damit vollkommene Abrüstung und Antimilitarismus einzufordern, sei eine radikale Position.

Bedrohen nicht auch heute Entscheidungen über Krieg und Frieden das Leben und Wohlbefinden von Frauen? Müssen solche Entscheidungen nicht auch Frauensache werden? Welche Forderungen stellen Frauen heute im Kampf gegen den Krieg? In welcher Sprache stellen *wir* Forderungen für dauernden Frieden?

Im Manifest der SP Frauen* Schweiz wird zwar eine feministische Friedenspolitik formuliert, doch jene «radikalen» Forderungen sind darin nicht enthalten. Vernetzung und Solidarität sollten als wichtige Grundlagen der Friedensarbeit aufgenommen werden, ohne dabei die fundamentale Forderung nach einem Frieden ohne Wenn und Aber auszulassen. Nur so können wir für eine starke internationale Friedensbewegung weltweit eintreten.

Agnes Hohl, Helena Nyberg,
Marga Voigt, Monika Wicki

Anmerkungen

- 1 Zetkin, Clara, 1917: Zum Schweizerischen Frauentag 1917. In: Die Vorkämpferin, 11.3., 1–2. www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=vor-001:1917:12#282 (Abfrage: 23.9.2017).
- 2 Zetkin, Clara, 2017: Die Kriegebriefe (1914–1918). Berlin, 342.
- 3 SP Frauen* Schweiz, 2017: Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie. Schlussdokument Mitgliederversammlung der SP Frauen* Schweiz, 2.9. sp-frauen.ch/de/no_active_menu_item_found/mitgliederversammlung (Abfrage: 23.9.2017).

Miko Peled: **Der Sohn des Generals**. Reise eines Israelis in Palästina. Aus dem Englischen von Michael Schiffmann. edition 8, Zürich 2016 (351 S.)

Der Name Miko Peled dürfte den meisten in der Palästina-Solidaritätsarbeit Engagierten durch die englische Originalausgabe seines Buches von 2012 bekannt sein. Nun liegt sein Reisebericht der besonderen Art in deutscher Übersetzung vor. An Aktualität hat das Sachbuch nicht verloren, und der Autor ist weiterhin unterwegs für seine Vision einer friedfertigen Zukunft in Israel und Palästina.

Miko Peleds Reise in Palästina ist vor allem der Weg und die Geschichte seiner Familie: vom Grossvater, als Mitbegründer des Staates Israel, über den Vater, den General im Sechstagekrieg, bis zu Miko, dem für den zionistischen Staat verlorenen Sohn.

Avraham Katznelson (1888–1956), Miko Peleds Grossvater mütterlicherseits, stammte aus einer jüdischen Stadt im heutigen Weissrussland, war Arzt und schon in jungen Jahren aktiv für die zionistische Idee. 1924 kam er nach Palästina und gehörte 1948 zu den Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung. Er begründete das jüdische Gesundheitssystem in Palästina und amtierte in den Jahren vor der Staatsgründung faktisch als Gesundheitsminister. Bei den ersten israelischen Parlamentswahlen im Januar 1949 stand er auf der Seite von Chaim Weizmann, dem Rivalen von Ben Gurion. Er wurde für die erste Regierung in seiner Position bestätigt. Danach war er Botschafter in Stockholm bis zu seinem Tod 1956. Durch die Erzählungen der Grossmutter blieb Avraham Katznelson in der Familie allgegenwärtig und auch dem Autor im Gedächtnis, obwohl er ihn nicht gekannt hatte.

Der Vater des Autors, Matti Peled (1923–1994), in Haifa geboren, wurde mit sechzehn Jahren Mitglied der zur jüdischen Miliz Hagana gehörenden Eliteeinheit Palmach, die gegen die britische Mandatsmacht kämpfte. Im Krieg von 1948/49 wurde er schwer verwundet, entschied sich aber, in der Armee zu bleiben.

Die Eltern von Miko Peled hatten Ende der 1940er-Jahre für den jüdischen Staat gekämpft, doch sie wussten und haben erfahren, dass es nicht um «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» ging. Während des Unabhängigkeitskrieges (so die offizielle israelische Bezeichnung) respektive der Nakba, der Katastrophe für die ansässigen Palästinenser und Palästinenserinnen, wurden mindestens 750 000 nichtjüdische Menschen aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben. Rund 500 Dörfer wurden bis zum Waffenstillstand 1949 zerstört. Vor allem in den Städten wurden die Gebäude der vertriebenen PalästinenserInnen nicht nur geplündert, sie waren auch willkommener Wohnraum für die Ansiedlung der neu ins Land gekommenen jüdischen Bevölkerung. So wurde auch der Familie von Matti Peled ein standesgemäßes Wohnhaus im Viertel Katamon in Jerusalem angeboten, aus dem die bisherigen Bewohnenden erst vor kurzem geflohen waren. Für die Eltern des Autors kam das nicht infrage. Sie entschieden sich für eine andere, bescheidenere Wohnung. Miko Peled hörte von seiner Mutter immer wieder: «Ich sollte in das Haus einer Familie einziehen, die vielleicht in einem Flüchtlingslager lebt? Die Wohnung einer anderen Mutter? Kannst du dir vorstellen, wie sehr sie ihr Zuhause vermissen müssen?»

Während der Besetzung des Gazastreifens 1956 hatte Matti Peled für kurze Zeit die Funktion eines Militärgouverneurs im besetzten Gebiet inne. Er musste realisie-

ren, dass er eine mit dem früheren britischen Gouverneur in Palästina vergleichbare Rolle übernommen hatte; die Rolle desjenigen Gouverneurs also, dessen Regime er damals als Mitglied der Palmach bekämpft hatte. Krieg führen ist das eine, etwas anderes ist es, die besiegte Bevölkerung unter Kriegsrecht zu halten. Besonders unangenehm war für ihn, dass er mit den Menschen im Gazastreifen nicht direkt reden konnte. Er brauchte immer einen Übersetzer. Aus dieser Erfahrung heraus entschloss er sich, arabisch zu lernen.

Der Sechstagekrieg vom Juni 1967 war ein Wendepunkt in der Geschichte der Familie Peled und wird zu einem zentralen Thema des Buches. Der Autor war damals fünf Jahre alt, an die dramatischen Tage erinnert er sich bis heute. Für die Recherchen zu diesem Buch hatte er nicht nur Zugang zu den militärischen Archiven, vieles hat er im Familienkreis erfahren, zu dem unter anderen auch Ezer Weizmann gehörte, der von 1993 bis 2000 israelischer Staatspräsident war. Israel habe damals aus purer Notwehr gehandelt, um einmal mehr der totalen Vernichtung zu entgehen, so die überlieferte Meinung. Miko Peled zeigt in seinem Buch auf, dass dies ein immer noch gepflegter Mythos sei.

1967 war Matti Peled auf der obersten militärischen Ebene angelangt: Er war im Rang eines Generalmajors, Logistikchef der Armee, eine Stufe unter dem Generalstabschef. Er wusste deshalb bestens, dass die israelische Armee den arabischen Gegnern weit überlegen war. Für Matti Peled und seine Kollegen bot sich die Gelegenheit zu vollenden, was im Krieg von 1948/49 nicht zu Ende geführt werden konnte. Das Resultat ist bekannt: In sechs Tagen eroberte Israel ein Gebiet, das doppelt so gross war wie der bisherige Staat Israel. 1968 beendete Matti Peled seine militäri-

sche Karriere und zog mit seiner Familie für drei Jahre nach Los Angeles, um an der University of California Arabistik zu studieren.

Nach dem Sechstagekrieg erklärte Matti Peled, es sei nun der Zeitpunkt gekommen, um mit der palästinensischen Bevölkerung Frieden zu schliessen. Während seines Aufenthaltes in Los Angeles setzte er sich in wöchentlichen Kolumnen in der israelischen Zeitung *Ma'ariv* kritisch mit der israelischen Politik auseinander. Mitte der 1970er-Jahre forderte er dazu auf, mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu verhandeln. Für ihn war klar, dass nur ein Frieden mit der palästinensischen Bevölkerung die Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat sichern könne. Er vertrat seine Ansichten in zahlreichen Vorträgen. Auf die Vorwürfe, er wolle mit Terroristen sprechen, antwortete er: «Terrorismus ist eine schreckliche Sache. Aber es bleibt die Tatsache, dass, wann immer eine kleine Nation von einer stärkeren regiert wird, Terror das einzige Mittel ist, das sie noch hat. [...] Wenn wir dem Terrorismus ein Ende bereiten wollen, dann müssen wir mit der Besatzung aufhören und Frieden schliessen.» Matti Peled wurde vom General der israelischen Armee zu einem aussergewöhnlichen Friedensaktivisten.

Im Herbst 1997 kam es in der Familie Peled zu einer Katastrophe. Die dreizehnjährige Nichte des Autors wurde Opfer eines Selbstmordanschlags zweier junger Palästinenser. Zu dieser Zeit lebte Miko Peled in Kalifornien und war mehr an seiner beruflichen Laufbahn als Kampfsportlehrer interessiert. Das schockartige Ereignis riss ihn aus seiner relativen politischen Lethargie. Statt Hassgefühle gegen Araber und Palästinenserinnen aufkommen zu lassen, stellte sich Miko Peled Fragen: Wie

konnte es zu diesem furchtbaren Ereignis kommen? Wer sind die Menschen, aus deren Mitte dieses Attentat hervorging? Was haben wir, die Israelis getan, um sie zu solchen Aktionen zu treiben? Zum Entsetzen des politischen Establishments bekräftigte die Familie Peled ihre Haltung öffentlich: Nicht die Selbstmordattentäter waren die wirklich Schuldigen. Die Familie sah die israelische Unterdrückung der PalästinenserInnen als indirekte Ursache für den Tod ihrer Tochter.

Diese Tragödie war die Wende im Leben von Miko Peled. Er suchte nach Menschen, mit denen er offen über Israel und Palästina reden konnte. Das führte ihn zu einer jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe in San Diego. Seither setzte er sich für einen selbständigen palästinensischen Staat im Westjordanland und im Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt ein, wie ehemals sein Vater. Hier beginnt nun, was im Untertitel des Buches angedeutet wird: «Die Reise eines Israelis in Palästina». Sie wurde zur Forschungsexpedition ins «Feindesland» der «anderen Seite», die im Buch beschrieben ist; und sie machte den Zionisten Miko Peled zum überzeugten Befürworter eines gemeinsamen säkularen und demokratischen Staats zwischen Mittelmeer und Jordan. Als Enkel eines Mitgründers des Staates Israel im Jahr 1948 sagt er heute mit Nachdruck: «Wir Juden brauchen eine Heimat – aber einen eigenen Staat brauchen wir nicht.»

Ruedi Knutti

Ulrike Guérot: **Der neue Bürgerkrieg.** Das offene Europa und seine Feinde. Ullstein Verlag, Berlin 2017 (96 S.). Und: dies.: **Warum Europa eine Republik werden muss!** Eine politische Utopie. Dietz Verlag, Bonn 2016 (304 S.)

Ulrike Guérots neues Buch trägt den Titel *Der neue Bürgerkrieg*. Ein schwieriger Titel. Es herrscht zwar Krieg am Rande Europas. Im Osten der Ukraine schießen Soldaten auf sogenannte Separatisten. Aber um diesen Krieg geht es der deutschen Politologieprofessorin nicht. Sie schreibt über den Zustand der Europäischen Union. Wenn sie gefragt wird, ob sie wirklich der Meinung sei, in Europa herrsche Krieg, lacht sie und antwortet: «Da sage ich mal ganz schmerzfrei: Beschweren Sie sich beim Verlag, ich habe mich auch beschwert.» (WOZ vom 24.8.17) Sie hätte einen anderen Titel gewählt, sagt sie, aber sie wolle sich auch nicht ganz davon distanzieren.

Das ist nachvollziehbar, denn sie beschäftigt sich in ihrem Buch intensiv mit dem Bürgerkriegs-Begriff.

Während des Ersten Weltkrieges beschrieb der österreichische Maler Franz Marc – kurz vor seinem Tod an der Front – den monströsen Krieg als einen Kulturkampf, der zwischen den Kräften eines progressiv-künstlerischen und eines säkularisiert-materialistischen Europasgetragen werde. Marc sei einer der Ersten gewesen, konstatiert Guérot, der den Ersten Weltkrieg als Bürgerkrieg innerhalb einer kulturellen Einheit begriffen habe. Oder wie es Marc selber formulierte: «In diesem Kriege kämpfen nicht, wie es in Zeitungen steht und wie die Herrn Politiker sagen, die Zentralmächte gegen einen äusseren Feind, auch nicht eine Rasse gegen die andere, sondern dieser Grosskrieg ist ein europäi-

scher Bürgerkrieg, ein Krieg gegen den inneren, unsichtbaren Feind des europäischen Geistes.» (S. 31)

Doch was meint der Begriff des Bürgerkrieges heute?

Es ist offenkundig, dass in der EU unheimliche Zentrifugalkräfte wirken. Der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung haben die Mitgliedstaaten ökonomisch zusammengebracht, gleichzeitig droht die ökonomische Annäherung die Idee des vereinten Europas total auszuhöhlen. Der Nationalismus kehrt zurück. Das Problem von heute ist aber nicht, dass die Mitgliedstaaten es immer weniger miteinander können. Viel verheerender wirkt, dass das heutige EU-Gebilde die BürgerInnen gegeneinander antreten lässt. Offensichtlich wurde das vor allem nach der Bankenkrise. Die EU hätte sich als Haftungsunion verstehen und die Rettung der Banken als gemeinsame Aufgabe angehen können. Doch das Gegenteil passierte. Bankschulden wurden zu Staatsschulden. Länder wie Griechenland sind zwangsläufig ins Trudeln geraten. Das Sozialsystem wurde eingedampft, Millionen von GriechInnen kommen kaum mehr über die Runden. Vom grossen Versprechen eines geeinten, prosperierenden Europas bleibt für sie nur das bittere Gefühl übrig, dass sie für andere bezahlen.

«Da die Eurokrise als Verteilungskrise nicht politisch gelöst werden konnte, blieb nur der Rückfall in Nationalismus und Chauvinismus, beides Brutstätten des heutigen Populismus», schreibt Guérot: «Am Ende der Bankenkrise stand kein *united we*, sondern ein «Jeder gegen jeden» [...].» (S. 17)

Guérot nimmt die Bürgerkriegstheorie des italienischen Philosophen Giorgio Agamben auf, der zwischen dem Volk als «populus», dem «politischen Körper», und der «Volksmenge» unterscheidet. Betracht-

tet man die heutigen europäischen Demokratien, ergibt die Unterscheidung sehr viel Sinn. Es stehen sich Gruppen von BürgerInnen gegenüber, die eine Menge bilden, aber nicht das Volk. Beim Brexit sieht man das schon fast idealtypisch. Die eine Hälfte ist dafür, die andere dagegen, es gibt keine eindeutige Mehrheit mehr.

«Wo aber die Krise der Repräsentation den politischen Körper zerlegt, da herrscht *stricto sensu* Bürgerkrieg insofern, als dass es nur noch konkurrierende Mengen von Bürgern gibt, von denen keine die politische Vertretung für alle beanspruchen kann. Der politische Körper löst sich auf und muss neu begründet werden», schreibt Guérot (S. 47).

Nach Agamben bedeutet Bürgerkrieg immer eine Politisierung der Bürgerschaft. Und genau das lässt sich heute beobachten. «Eine nervöse Zivilgesellschaft rüstet gegen den Populismus auf. Selten wurde so viel diskutiert wie heute, die Bürger werden sich wieder bewusst, dass die Politik ihr persönliches Leben betrifft.» (Ebd.)

Guérot will ihr Buch als Streitschrift verstanden haben. Sie widmet sich dem schwelenden Bürgerkrieg, um ihn zu entschärfen, bevor er zu einem offenen, blutigen mutiert. Sie ist überzeugt, dass das nur gelingen wird, wenn sich Europa von den Nationalstaaten verabschiedet und einen europäischen Souverän neu begründet. Das mache natürlich Angst und schaffe Unruhe: «Aber es wäre genau die Perspektive einer Neubegründung Europas, durch die wir den schwelenden Bürgerkrieg, die Frontstellung von nationaler Demokratie und Rechtspopulismus, überwinden könnten zugunsten eines richtigen Europas: ein Markt, eine Währung, eine Demokratie.» (S. 48)

Dieser Idee hat sie schon in ihr erstes Buch *Warum Europa eine Republik werden muss!* gewidmet. Es trägt den Untertitel

Eine politische Utopie. Das mag es sein, die Idee hat aber vor allem auch etwas Überzeugendes, weil sie simpel und einleuchtend ist. Der gemeinsame Markt mit der gemeinsamen Währung lässt die Arbeitsuchenden und die Sozialsysteme aufeinander los. Das befeuert den Zerfall.

Kommt hinzu: Ist eine Bevölkerung erst einmal in der Diktion des Bürgerkriegs gefangen, beginnen ganz andere Mechanismen zu spielen. Es findet eine totale Politisierung statt, der sich in einer Bürgerkriegssituation eben niemand mehr entziehen kann. Jeder ist gezwungen, «Position zu beziehen und in seinem Umfeld dafür oder dagegen zu werben» (S. 66).

Dieser Falle entrinnt man nicht durch den Versuch, die RechtspopulistInnen verbal zu bekämpfen. Sie sind eher das Symptom eines fundamentalen strukturellen Fehlers als die Ursache.

Theoretisch lässt sich dieser Fehler leicht beseitigen. «Die Probleme des Politischen heute – die Auflösung des Rechtslinks-Schemas, die gefährliche Konfrontation von Volk und Elite und schliesslich die unsinnige Gegenüberstellung von Nation und Europa – liessen sich alle zugleich transzendieren durch ein neu verfasstes Europa.» (S. 69) Klingt logisch, wirkt aber sehr unrealistisch. Immerhin bietet die Idee der Republik eine starke, optimistische Gegenerzählung – man sollte sie nicht geringerschätzen.

Susan Boos

Andreas Cassee: **Globale Bewegungsfreiheit.** Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 (282 S.)

Im Herbst 2015 bezeichnete Slavoj Žižek in einem Essay die Linksliberalen, die offene Grenzen fordern, als die «grössten Heuchler», da sie insgeheim wüssten, dass es aufgrund populistischer Dynamiken nie dazu kommen werde (*Die Zeit* Nr. 37/2015). Bedeutet politische Aussichtslosigkeit in diesem Falle jedoch auch, dass solche Forderungen im moralischen Sinne unberechtigt sind? Andreas Cassee prüft in seiner jüngst bei Suhrkamp erschienenen Studie zu globaler Bewegungsfreiheit, ob bzw. welche moralischen Gründe für ein staatliches Recht auf Ausschluss von Einwanderungswilligen sprechen. Die von gesellschaftlichen Mehrheiten geteilte Vorstellung, dass Staaten nicht nur faktisch, sondern auch moralisch dazu berechtigt seien, Einwanderungswilligen die Niederlassung im Staatsgebiet zu untersagen, bezeichnet der Autor als «Standardansicht». Diese auf ihre Stichhaltigkeit hin zu befragen ist, ist das Anliegen von Cassees Studie, die dem Bereich der Moralphilosophie / angewandten Ethik zuzuordnen ist und als Dissertation von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich angenommen wurde. Cassee knüpft bei seiner Prüfung, ob sich Einwanderungsbeschränkungen moralisch rechtfertigen lassen, an eine entsprechende Debatte an, die im englischen Sprachraum im Umfeld von philosophischem Liberalismus und Kommunitarismus seit mehr als dreissig Jahren geführt wird. Diese liefert Cassee nicht nur Analysematerial in Form von Argumenten für unterschiedliche Positionierungen, sondern prägt darüber hinaus auch insgesamt die Struktur der Studie.

Im ersten Teil werden Argumentationen von Christopher H. Wellman, Ryan Pevnick, Michael Walzer, David Miller und Will Kymlicka kritisch geprüft, die auf je eigene Weise die «Standardansicht» vertreten, dass a) Nationalstaaten die rechtliche Kompetenz haben sollten, NichtbürgerInnen die Einwanderung zu erlauben oder zu verbieten, dass es b) kein allgemeines moralisches Anspruchsrecht gebe, in ein Land der eigenen Wahl einzuwandern, und dass c) die Staaten bei der Ausübung ihrer einwanderungspolitischen Entscheidungskompetenz zugunsten ihrer eigenen Bürger parteiisch sein dürfen.

Cassee analysiert die spezifischen Argumentationsweisen einzeln und sorgfältig. Dies gilt für Wellmans Analogie zwischen Staaten und Clubs, die aufgrund des Rechts auf Vereinigungsfreiheit legitimiert sind, Einwanderungsbeschränkungen zu erlassen, ebenso wie für Pevnicks Argumentation, dass Einwanderung das kollektive Eigentum der BürgerInnen verletze, als das staatliche Institutionen zu verstehen seien. Der Autor untersucht Walzers kommunitaristische Begründung des Rechts auf Ausschluss von Einwanderungswilligen mit einem Recht auf kulturelle Selbständigkeit ebenso wie die Ausführungen der beiden Vertreter eines liberalen Nationalismus: Millers «suffizienzorientierte» Theorie der Rechte Einwanderungswilliger, die bei «angemessenen» Rechten und Optionen auf ein anständiges Leben in ihrem Heimatland kein Recht auf Einwanderung hätten, und Kymlickas Ansicht, dass individueller Freiheit kulturelle Zugehörigkeit vorausgehe und ohne einen stabilen nationalkulturellen Hintergrund, der Wahlentscheidungen durch ein verbindliches Deutungsmuster erleichtere, individuelle Autonomie nicht lebbar sei.

Vor allem im zweiten Teil der Studie entwickelt Cassee seine eigene Position, indem er die wichtigsten Einwände gegen die «Standardansicht» diskutiert: Einwanderungsbeschränkungen verstossen a) gegen Prinzipien der individuellen Freiheit, b) gegen globale Verteilungsgerechtigkeit und c) gegen demokratische Mitbestimmung aller Betroffenen.

Die Mobilitäts- und damit auch die Lebenschancen der Menschen variieren stark je nach staatlicher Zugehörigkeit. Während ein deutscher Pass visumsfreie Reisemöglichkeiten in 173 Länder eröffne, so seien dies bei einem afghanischen lediglich 25 (Stand Mai 2016). Für die Höhe des Einkommens, das eine Person erzielt, sei heute das Aufenthaltsland der wichtigste Indikator. Falls globale Verteilungsgerechtigkeit gefordert ist – selbst die Forderung nach dieser ist im fachphilosophischen Diskurs umstritten –, dann sind auch Einwanderungsbeschränkungen problematisch, die den global «Unterprivilegierten die Möglichkeit nehmen, ihre ökonomische Situation auf selbstbestimmte Weise zu verbessern» (S. 201).

Die verbreitete Vorstellung, dass Einwanderungsbeschränkungen demokratisch legitim seien, auch wenn sie nur schwer theoretisch gerechtfertigt werden könnten, basiere auf einer nationalstaatlichen Konzeption des *demos*. Diese Konzeption ist demokratietheoretisch zumindest problematisch, da die sich potenziell niederlassenden MigrantInnen selber «kein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Regeln hatten, denen sie unterworfen sind» (S. 209).

Immer wieder wendet Cassee einen Analogieschluss von innerstaatlicher auf zwischenstaatliche Bewegungsfreiheit an. Warum soll es einer Person erlaubt sein, von Zürich nach Genf zu ziehen, nicht aber in andere Länder? Der Autor plädiert für

ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit, vor allem aufgrund von dessen kaum zu überschätzender Bedeutung für die individuelle Autonomie. Dieses Recht soll zwar nicht uneingeschränkt oder absolut gelten, es dürfe jedoch auch nicht willkürlich begrenzt werden: «Jede Einschränkung dieses Rechts bedarf einer Rechtfertigung durch andere entsprechend gewichtige moralische Ansprüche.» (S. 233)

Da bei der Abwägung des Rechts auf globale Bewegungsfreiheit mit anderen Rechten und Ansprüchen verschiedene Gerechtigkeitstheorien unterschiedliche Ergebnisse zeitigen dürften, entscheidet sich Cassee mit einer spezifischen Theorie, seine Überlegungen weiter voranzutreiben. Er wählt hierfür eine kosmopolitische Version von John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. Dieser liegt bekanntlich ein Gedankenexperiment zugrunde, mit dem die von der Philosophie geforderte Unparteilichkeit eigener moralischer Urteile erreicht werden soll: Über einen «Schleier des Nichtwissens» werden Individuen in einen «Urzustand» versetzt. In diesem sollen die Individuen über eine gerechte gesellschaftliche Ordnung verhandeln, ohne ihre eigene zukünftige Position in der entsprechenden Gesellschaft zu kennen. Ziel ist, so herauszufinden, welchen Gerechtigkeitsprinzipien die unwissenden Individuen unter diesen Bedingungen zustimmen würden. Rawls kommt zu dem Ergebnis, dass vernünftige AkteurInnen ein Prinzip der gleichen Grundfreiheiten für alle und ein Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit wählen würden, nach dem soziale Ungleichheiten nur dann legitim wären, wenn diese der am schlechtesten gestellten Gruppe von Menschen einen Vorteil bringen. Dass Rawls selbst den Geltungsbereich seiner individualistischen Vertragstheorie auf nationalstaatliche Gesellschaften einschränkt, hält

Cassee nicht davon ab, diese Konzeption aufzugreifen und danach zu fragen, welche Vereinbarung die AkteurInnen im Urzustand hinsichtlich eines Rechts auf globale Bewegungsfreiheit treffen würden. Cassee zufolge würden die VertragspartnerInnen diese berücksichtigen, allerdings mit Einschränkungen, etwa bei Gefahr eines Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung. Auch bei negativen Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit, öffentliche Infrastrukturen und das System sozialer Sicherung seien Einschränkungen denkbar, die AkteurInnen würden jedoch hier wohl genau abwägen, welche Einschränkungen als Schutzmassnahmen gerechtfertigt seien. Das Ergebnis einer solchen Abwägung sei schwer vorauszusagen, die VertragspartnerInnen würden sich jedoch wohl «auf den Grundsatz einigen, dass die einzelnen Staaten bis zu einem gewissen Grad dazu verpflichtet sind, ihre Institutionen darauf auszurichten, dass sie möglichst wenig mit der globalen Bewegungsfreiheit in Konflikt geraten» (S. 275). Weiter könnte es sein, dass die VertragspartnerInnen Einschränkungen zur Wahrung der kulturellen Kontinuität formulieren. Dies jedoch nicht zum Schutz einer wie auch immer definierten nationalen Identität, sondern nur als letztes Mittel bei drohenden plötzlichen und drastischen kulturellen Brüchen, die eine unvermittelte Einwanderung einer hohen Anzahl an Menschen mit sich brächten. Die Länder Europas, so die Einschätzung Cassees, sind heute weit von einer solchen Situation entfernt. An diesem Punkt verbleibt der Autor leider im Ungefähren. Hilfreich wäre etwa eine Aussage, dass auch das Jahr 2015 hierzu keine Ausnahme bildet, als allein in Deutschland circa eine Million Menschen auf der Flucht Schutz suchten. Immerhin: Obwohl Cassee angesichts der gegenwärtigen Weltlage zwar Einschrän-

kungen der Bewegungsfreiheit als gerechtfertigt erscheinen, ist für ihn zugleich zumindest «eine wesentlich offenere Einwanderungspolitik [erforderlich], als sie gegenwärtig von wohlhabenden Ländern betrieben wird» (S. 278).

Auch wenn die politische Durchsetzung einer rechtlichen Verankerung der globalen Bewegungsfreiheit derzeit versperrt erscheint, so ändere dies nichts an dem moralischen «Recht jedes Menschen, sich auf der Oberfläche des Planeten, den wir gemeinsam bewohnen, frei zu bewegen» (S. 279). Dieses Recht habe individuelle Auswirkungen: Wenn bestehende Einwanderungsbeschränkungen moralisch unhaltbar sind, so Cassee, dann begehen MigrantInnen, die irregulär einwandern, im moralischen Sinne auch kein Unrecht. BürgerInnen wären in diesem Falle moralisch dazu berechtigt bzw. sogar verpflichtet, ihnen ungeachtet rechtlicher Verbote zu helfen. An dieser Stelle liegt meines Erachtens der Übergang von moralphilosophischen Überlegungen zu linker Politik, die beim zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Repressionen nicht haltmacht, sondern auch den Abbau der globalen Ungleichheiten anstrebt.

Johannes Gruber

Zygmunt Bauman: **Die Angst vor den anderen.** Ein Essay über Migration und Panikmache. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 (125 S.)

Der im Januar 2017 verstorbene Soziologe Zygmunt Bauman stellt sich in seinem 2016 bei Suhrkamp veröffentlichten Essay die Frage nach der in Europa wachsenden Xenophobie. Bauman ist einer der meist-

beachteten Soziologen der letzten Dekaden und hinterlässt ein ausführliches Werk, das sich seit den 1980er-Jahren immer wieder veränderte. Bauman versuchte stets, den Zeitgeist zu erfassen und auf den Begriff zu bringen. Von seinen *Ansichten der Postmoderne* (1992) bis hin zu seinen Werken zur flüchtigen Moderne (2000 und 2007) ist besonders ein Gedanke kennzeichnend: die zunehmende Unsicherheit der Menschen in Zeiten, die sich durch die Abwesenheit absoluter Wahrheiten auszeichnen. Von seinem Versuch, soziale Interaktion mittels seines Habitat-Begriffes zu begreifen, über das Konzept der flüchtigen Moderne bis hin zu dem von Antonio Gramsci geliehenen Begriff des «Interregnums» hat Bauman immer wieder versucht, die Komplexität der Welt zu reduzieren, ohne durch Vereinfachung Wesentliches aus den Augen zu verlieren. Damit gibt er wenngleich keinen absoluten, so doch zumindest einen relativen Halt.

Ausgangslage des zuletzt erschienenen zeitdiagnostischen Essays über Migration und Panikmache ist der als Folge des Bürgerkrieges in Syrien erfolgte Anstieg der in Richtung Europa flüchtenden Menschen. Die Situation im Nahen Osten wurde ganz Europa ins Bewusstsein gerufen. Doch rechtspopulistische Parteien verschafften sich zunehmend Gehör und verzeichneten ab 2016 steigende WählerInnenanteile. Die Alternative für Deutschland (AfD) betrat das Feld der parlamentarischen Politik und in Frankreich verlor der Front National im Jahre 2017 nur knapp die Präsidentschaftswahlen. In Österreich wird die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) im Zuge der Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 als möglicher Koalitionspartner einer Regierung von Sozialdemokraten oder Konservativen gehandelt, in Ungarn und Polen regieren mit der Jobbik bzw. der PiS

(«Recht und Gerechtigkeit») offen rechtsextreme Parteien. Europaweit hat sich die politische Landschaft verändert. Nach dem beispielhaften Vorgehen Ungarns begannen auch andere Staaten der Europäischen Union, ihre Aussengrenzen durch das Errichten von Zäunen und verstärkte Grenzkontrollen abzusichern. PolitikerInnen staatstragender Parteien haben ihre Rhetorik verhärtet und Forderungen übernommen, die von den rechtsextremen Parteien eingebracht wurden.

Hier setzt der Essay Baumans an und behandelt speziell zwei Themenkomplexe. Zum einen benennt Bauman verschiedene ökonomische und soziale Faktoren, die insbesondere bei den schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen Fremdenfeindlichkeit auslösen: Die symbolische Kraft der am untersten Rand der Gesellschaft stehenden Geflüchteten führt zu einem «Angst-Reflex», da diese Menschen uns daran erinnern, dass wir uns unserer sozialen und ökonomischen Stellung nicht sicher sein können. Zum anderen erklärt er Mechanismen, mit denen rechtspopulistische Akteure genau diese Faktoren für den eigenen Machterhalt nutzen.

Der Essay selbst wechselt zwischen beiden Themenkomplexen und führt eine Vielzahl von Erklärungsmodellen an: Von anthropologischen Gesellschaftstheorien über politikwissenschaftliche Ansätze bis hin zu philosophischen Abhandlungen stützt Bauman – für seine Publikationen nicht untypisch – sein Argument vielfältig ab. Der Essay ist in der Folge ein reichhaltiger Fundus bewährter und aktueller Konzepte. Nicht nur macht Bauman klar verständlich, wie aktuelle politische Entwicklungen mit gesteigerter Fremdenfeindlichkeit zusammenhängen, auch bettet er der Essay in sein bisheriges Werk ein und führt bestehende Gedanken weiter.

Problematisch ist hierbei vornehmlich die Kürze des Texts: Baumans vielfältige Einflüsse werden meist nur angeschnitten und wenig ausgeführt.

Inhaltlich nutzt Bauman zwei theoretische Felder zur Erklärung besagter Phänomene. Einerseits die fortschreitende Entwicklung von der Disziplinar- zur Leistungsgesellschaft, von der soliden in die flüchtige Moderne (S. 58): Die sich etablierende Leistungsgesellschaft spezialisiert sich im Gegensatz zur Disziplinalgesellschaft «auf die Produktion und Eliminierung von «Depressiven und Versagern»» (S. 59). Diese Charakterzüge werden nicht mehr als schicksalhaft, sondern vielmehr als individuell zu verantworten und entsprechend persönlich vermeidbar gedacht. Dies führt laut Bauman dazu, dass wir uns im Wettstreit miteinander befinden und Menschen um uns herum verdächtigen, «übel gesinnte, böswillige Rivalen zu sein» (S. 109).

Andererseits behandelt die Argumentation Baumans die sich auf diese Entwicklung abstützende Arbeit mit der Angst: Flüchtende und die auf sie fokussierenden Projektionen sind für Bauman Symbol des Zusammenbruchs einer vormaligen Ordnung (S. 20), eines Zusammenbruchs, dem folgendermassen Gestalt verliehen wird: «Diese Nomaden [...] erinnern uns [...] an die (unheilbare?) Verwundbarkeit unserer eigenen Stellung und an die endemische Zerbrechlichkeit unseres hart erarbeiteten Wohlstands.» (S. 21) Diese geistige Haltung ist für ihn wiederum der fruchtbare Boden, auf den die durch PolitikerInnen produzierte Angst fällt (S. 22). In diesem Punkt erinnert die Argumentation Baumans an die Arbeiten von Colin Crouch oder Tariq Ali zu den sogenannten Post-Politics, einer rein administrativen Politik, welche statt mit politischer Debatte hauptsächlich mit Angst arbeite. Im Kontext dieser administ-

rativen Politik sei, wie Bauman argumentiert, auch der Begriff der «kosmischen Angst» von Michail Bachtin zu verorten (S. 52f.). Diese «Angst vor dem Unendlichen» (S. 53), welche jedem Menschen innewohne, müsse greifbar, also endlich gemacht werden. Dies passiere über «künstliche, «offizielle» Varianten» (S. 53) wie besagte Panikmache. Damit wird sie einerseits für die Menschen handhabbar und andererseits für die PolitikerInnen nutzbar.

Individualisierung und eine Erosion der politischen Macht führen dazu, dass die Gesellschaft sich «die Erlösung von der drohenden Depression bei selbstgewählten Göttern» suche (S. 62). Auch diese «starken Männer und Frauen» (S. 49) könnten zwar aufgrund der «gewaltigen Diskrepanz zwischen den Zielen und Mitteln effektiven Handelns» (S. 63) – ebenjener Erosion – nichts erreichen, vermögen jedoch die Illusion der Machbarkeit besser aufrechtzuerhalten als jene PolitikerInnen, die sich selbst unter die Schirmherrschaft der Alternativlosigkeit stellten. Dieses Zusammenspiel zwischen einer von Bauman postulierten «Uranst», die gar die Form eines «konditionierten Reflexes» (S. 29) annimmt, und dem Versuch, diese Angst für den eigenen Machterhalt politisch zu nutzen, führe zu jener Xenophobie, die sich derzeit beobachten lässt.

Flüchtende sind nicht nur ein Symbol für den Zusammenbruch einer Ordnung, sondern können für diejenigen, die sich als Einheimische begreifen, dem Gefühl Gestalt verleihen, ein Opfer von Umständen zu sein, auf die man nur sehr geringen oder gar keinen Einfluss hat (S. 110). Die sich selbst als Opfer wahrnehmenden Individuen müssten «diejenigen ausmachen und benennen, die sie zu Opfern gemacht haben; und diese Leute müssen ein erkennbares Gesicht haben. [...] Migranten und

vor allem die Neuankömmlinge unter ihnen erfüllen alle diese Voraussetzungen bestens.» (Ebd.)

Noch ein Stück weiter geht Bauman, wenn er Giorgio Agambens Begriff des «Homo sacer» aufgreift. Mit diesem expliziert er, dass die im politischen Diskurs gemachten Äusserungen zu einer Entmenschlichung der Flüchtenden führen und ihren Ausschluss aus der Gesellschaft zur Folge haben. In letzter Konsequenz führt dies «zu einer Verschiebung des Migrationsproblems aus dem Bereich der Ethik in den der Sicherheitsbedrohungen» (S. 84). Denn die Abtrennung menschlicher Interaktionen von jeglicher moralischen Bewertung macht es einfacher, das Migrationsproblem auf bürokratische Weise zu lösen (S. 77). Umgekehrt verunmöglicht diese Entwicklung eine Solidarisierung der Menschen mit den Flüchtenden.

Baumans Diagnose lautet: «Die Menschheit befindet sich in der Krise – und es gibt keinen anderen Ausweg aus dieser Krise als die Solidarität zwischen den Menschen.» (S. 24) Doch angesichts der Aktualität der Krise bleibt der Wirkungszusammenhang ihrer Ursachen unklar und Baumans Lösungsvorschlag entsprechend vage: die Begegnung der Menschen untereinander (S. 114). Wenn Gespräche «keine brauchbare Alternative» als Grundlage einer «kooperativen und solidarischen Koexistenz» kennen, ist die direkte, reale Begegnung der MigrantInnen mit den EuropäerInnen für ihn die einzige Möglichkeit, die von ihm geforderte Solidarität aufzubauen. Doch dazu müssten die Flüchtenden ankommen und nicht an den Mauern der Festung Europa abprallen. Hier schwächelt das Argument Baumans und es stellt sich die Frage, ob es nicht verkürzt ist, die Wirkungsmacht des Angstdiskurses auf die diskursive Ebene zu beschränken.

Im vierten Kapitel, «Zusammen und dicht gedrängt», artikuliert Bauman dann plötzlich eine essenzialistische Position: Menschen seien gleichsam «genetisch» auf Migration eingestellt (S. 69f.). Damit übernimmt Bauman die Argumentationsweise populistischer Politiker und versucht, Migration als anthropologische Konstante darzustellen, die sich eben nicht ändern lasse. Er scheint damit sein Argument vor allem für die «frustrierte Mittelschicht», an welche der Essay adressiert ist, schmackhaft zu machen. Dieses Vorgehen passt aber nicht in die sonstige, «fluide» Argumentation und macht seinen Essay insgesamt weniger glaubwürdig. VerfechterInnen einer linken, solidarischen Flüchtlingspolitik können diesen Punkt genauso angreifen wie MigrationsgegnerInnen. Diese können mit Verweis auf andere Erdteile – insbesondere aber auf die Nachbarländer von Syrien, Irak und Afghanistan – ihre Forderung nach Schliessung der Grenzen weiterhin behaupten.

Bauman liefert ein facettenreiches Argumentarium, das sich auch auf Konzepte seines Lebenswerks zurückbezieht. Es entfaltet sich zwischen den beiden Polen Freiheit und Sicherheit, wobei das Gewicht in diesem Essay klar auf dem Aspekt der Sicherheit liegt. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass der Essay das Formulieren konkreter Utopien vermissen lässt.

Trotz dieser Schwächen gelingt dem Essay, was als Hauptanliegen Baumans bezeichnet werden kann: der Unsicherheit der flüchtigen Moderne einen Namen und eine Struktur zu geben, sie handhabbar zu machen, ohne der allzu profanen Rhetorik der Machbarkeit zu verfallen, sondern sie im Gegenteil gegen ebendiese abzusichern.

Hendrik Erz

Charlotte Theile: **Ist die AfD zu stoppen?**

Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten.
Rotpunktverlag, Zürich 2017 (191 S.)

Pünktlich zur Bundestagswahl am 22. September in Deutschland hat Charlotte Theile mit *Ist die AfD zu stoppen?* eine Einschätzung der Entwicklungen der Alternative für Deutschland (AfD) mit besonderem Bezug zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) vorgelegt und stellt die Frage, wie rechten Bewegungen begegnet werden kann.

Zugegeben, der Titel ist etwas reissend. Die Frage, ob die AfD zu stoppen sei, impliziert deren unaufhaltsamen Aufstieg. Und auch wenn das Wahlergebnis der deutschen Bundestagswahl schlimmer als erhofft ausgefallen ist: Über die Hälfte der WählerInnen der AfD hat ihre Stimme nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gegeben.

Zweifelsohne aber wird sich die politische Landschaft nach der Bundestagswahl nach rechts verschieben. Die AfD erweitert dabei die Grenzen des Sagbaren. Sie wendet eine Taktik des Vorpreschens und Zurückziehens an – Forderungen werden aufgestellt und Aussagen getätigt, die bei Bedarf wieder zurückgenommen oder relativiert werden können. Dabei nimmt die AfD – wie die SVP – für sich in Anspruch, für «das Volk» zu sprechen. Immer mit einem Auge auf die Nachbarn in der Schweiz schielend, bemüht sich die AfD, eine Demokratie mit Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild auch in Deutschland zu etablieren. Dies verwundert wenig, denn der Aufstieg der SVP zeigt, welche Erfolge Parteien ganz am rechten Rand mittels Volksabstimmungen erreichen können. Am Beispiel SVP wird aber auch deutlich, wie rechten Entwicklungen und Positionen entgegengetreten werden kann.

Das essayistische und im journalistischen Stil gehaltene Buch gliedert sich grob in vier Teile: die Geschichte und Etablierung der SVP als stärkste parlamentarische Kraft der Schweiz; die Entwicklung der AfD; die Verbindung zwischen SVP und AfD; die Frage, wie rechten Parteien und Bewegungen Einhalt geboten werden kann.

Die SVP, einst aus dem Zusammenschluss von Bauernparteien hervorgegangen, verdankt ihren Aufstieg dem Unternehmer und Milliardär Christoph Blocher. Der Stimmenanteil bei nationalen Wahlen steigerte sich von 11,9 Prozent im Jahr 1991 auf 29,4 Prozent im Jahr 2015 und die SVP wurde somit zur stärksten Partei der Schweiz. Begünstigt wurde dieser Aufstieg laut Theile durch zwei Faktoren. Blocher gelang es einerseits, eine Lücke im konservativen politischen Spektrum zu füllen, die laut Theile dadurch entstand, dass andere konservative Parteien versuchten, zu sehr mit der Zeit zu gehen. Zum andern verstand es Blocher, mit seinen Erzählungen rund um die SVP ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen. Die entscheidende Veränderung allerdings war die Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992. An diesem Tag lehnten 50,3 Prozent der SchweizerInnen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Thiele führt an dieser Stelle in einem instruktiven Exkurs die Besonderheiten des schweizerischen Wahlsystems aus.

Die Abgrenzung zur EU blieb ab 1991 eines der Kernthemen der SVP. In den folgenden Jahren ist es der SVP gelungen, mittels Volksabstimmungen einige ihrer Positionen durchzusetzen. Im konsensorientierten Schweizer Politsystem hat die SVP es geschafft, sich als Oppositionspartei zu etablieren und trotzdem in Regierungen auf allen Ebenen (kommunal, kantonale und national) vertreten zu sein.

Eine solche Strategie lässt sich bei vielen rechten Parteien beobachten, auch bei der AfD. Anfang 2013 als europaskeptische Partei von dem inzwischen ausgetretenen Bernd Lucke gegründet, radikalisierte sich die AfD sehr schnell und gewann an Zulauf. Seit jeher fallen einzelne PolitikerInnen der AfD immer wieder durch gezielte Provokationen auf, um sogleich mit Ausreden zu reagieren, wenn die gesellschaftliche Empörung zu gross wird. Doch auch hier gilt: Eine schlechte Presse ist besser als keine Presse. Die AfD fängt so eine Stimmung in der Bevölkerung ein, die von anderen rechten oder konservativen Parteien nicht bedient werden kann. So schaffte es die AfD 2016 auf 24,3 Prozent bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Dieser Aufstieg gründet, wie jener der Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), nicht einfach in einem Vakuum. 2010 veröffentlichte Thilo Sarrazin sein Buch *Deutschland schafft sich ab*, das sofort zum Bestseller wurde. Zwanzig Prozent der Befragten konnten sich damals vorstellen, eine «Sarrazin-Partei» zu wählen. Diese entstand schlussendlich nicht, dafür aber kam die AfD. Deren Europakritik trat gegenüber der Kritik am Umgang mit Flüchtenden in den Hintergrund. Die Partei radikalisiert sich laufend nach rechts. Die Ankündigung der im Vergleich zu anderen Exponenten schon fast gemässigten Parteichefin Frauke Petry, die Partei zu verlassen, erscheint in dieser Entwicklung nur konsequent.

In einer Sache sind sich die Mitglieder der AfD einig: Die Schweiz ist ein gutes Vorbild. So legt Theile detailliert die Verbindungen zwischen der AfD und der SVP dar. Nicht nur, dass der Bezug zur Schweiz direkt im Wahlprogramm der AfD auftaucht. Im April 2016 nimmt Petry an einer Tagung der der SVP nahestehenden AUNS (Aktion

für eine unabhängige und neutrale Schweiz) teil. Im November desselben Jahres tritt der AfD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, Alexander Gauland, mit Christoph Blocher in der Politsendung *Arena* des Schweizer Fernsehens auf. Im Gegensatz zur SVP-Bewunderung der führenden Kader der AfD geht Blocher jedoch auf Distanz. Die Verbindung ist zurzeit noch recht einseitig. Theile stellt fest, dass Positionen, die die SVP vertritt und in der Schweiz allenfalls als «sehr konservativ» angesehen werden, im politischen Diskurs Deutschlands als rechts(extrem) gelten.

Doch nicht nur gemeinsame Auftritte verbinden die beiden Parteien. Im April 2017 wird in Deutschland die «Denkfabrik» gegründet. Dieser Verein zeichnet sich durch direkte Wahlwerbung für die AfD aus. Für einige Plakate ist Alexander Segert zuständig. Dieser wiederum ist bekannt für seine Gestaltung der Plakatwerbung der SVP. In diesen Punkten kommt die Stärke des Buches zum Ausdruck: Die Autorin zeichnet detailliert die Verbindungen zwischen SVP und AfD nach und schafft es, in einfacher Sprache die komplizierten Verbindungen und die wichtigen Personen darzustellen, ohne in Redundanz oder Überinterpretation abzudriften.

Die letzten drei Kapitel widmen sich der Frage, wie man den Rechten am besten begegnet. Theile führt als Antwort zwei konkrete Beispiele an: den von Grünen-PolitikerInnen sowie Parteilosen gegründeten Verein «Mehr Demokratie» aus Deutschland und die 2014 gegründete liberale «Operation Libero» aus der Schweiz.

Eine von Theile benannte Strategie ist, vorwegzunehmen, was Rechte vorgeben, zu wollen: mehr Demokratie. Die AfD propagiert die direkte Demokratie und Volksentscheide, weil sie denkt, ihre Positionen damit schneller durchsetzen zu können.

Und das Beispiel der SVP bestätigt genau diese Annahme: Zwar verfügt die Partei über keine Mehrheiten in Parlamenten und Regierungen, kann politische Ziele aber mittels Volksentscheiden durchsetzen. Allerdings zeigt das Beispiel Schweiz auch, dass Volksentscheide ergebnisoffen sind und nicht immer nach rechts kippen müssen. Im Januar 2016 begann Operation Libero mit ihrer Kampagne gegen die «Durchsetzungsinitiative», mit der eine Verschärfung der Ausschießungsgesetze direkt in die Verfassung geschrieben worden wäre. Waren anfänglich noch zwei Drittel der SchweizerInnen für die Initiative, stimmten am 28. Februar 58,9 Prozent dagegen. Gestärkt durch einen Appell von 120 RechtsprofessorInnen, begegnete die Operation Libero der SVP durch direkte Konfrontation. So drehte sich die Abstimmungsdiskussion bald nicht mehr um «kriminelle Ausländer», sondern um die Frage nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Am Ende wurde die SVP von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis von ausserparlamentarischen linken Organisationen, Gewerkschaften, Betrieben und Parteien bis weit in die Mitte geschlagen.

Der Appell des Buches ist eindeutig: Engagiert euch! Gemeint sind die Bürgerinnen und Bürger. Appelle an PolitikerInnen findet man in diesem Buch nicht. Ökonomische Bedingungen werden ebenfalls nicht reflektiert. Aber damit gibt Theile zu erkennen, dass es nicht in erster Linie auf die offizielle Politik ankommt, sondern auf eigenständiges und kooperatives Handeln. Dieses Engagement bedarf jedoch eines neuen Problem- und Kommunikationsverständnisses. «Populistische Parteien haben auch die Qualität, Themen, die die Bevölkerung bewegen, früh wahrzunehmen – und sie vertreten immer wieder Forderungen, die aus guten Gründen populär

sind. Wer ihnen das abspricht und jeden Inhalt mit dem Faschismus-Stempel versieht, tut ihnen nicht nur unrecht, sondern besorgt auch ihr Geschäft. Kaum etwas dient Rechtspopulisten so zuverlässig wie das undifferenzierte Schwingen der «Nazi-Keule.»» (S. 185) Eine diskursive Ausgrenzung durch stigmatisierende Wortwahl stärkt die Rechten. Diese Vereinfachungen tun, was auch Rechten vorgeworfen wird: Komplexitäten verkennen. Sie erschweren es, inhaltliche Unterschiede herauszuarbeiten und auf einer Sachebene den Rechten Paroli zu bieten. Es geht nicht darum, im Pathos der Politik «die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen», sondern die Sprache der Rechten zu dechiffrieren und offenzulegen. Wer Angst vor Flüchtenden hat, ist noch kein Nazi, und es hilft nichts, ihn oder sie als solchen zu bezeichnen. Der Anspruch, den die Linke haben muss, ist kein neuer: Es geht um Aufklärung. Das Buch von Charlotte Theile ist dafür ein Beispiel.

Tobias Rein

Ulf Kadritzke: **Mythos «Mitte»**. Oder: die Entsorgung der Klassenfrage. Bertz & Fischer, Berlin 2017 (104 S.)

Das vorliegende Büchlein ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung des Aufsatzes *Zur Mitte drängt sich alles*, der 2016 in *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialforschung* erschienen ist. Ulf Kadritzke war bis 2008 Professor für Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Er kennt die soziologische Diskussion zur «Klassenfrage» in Deutschland in- und auswendig und geht mit seinen Berufskolleg*innen ziemlich hart ins Gericht. In seinen Augen tragen nämlich prominente

Vertreter*innen der soziologischen Zunft – etwa Heinz Bude, Steffen Mau und Nicole Burzan – heute wesentlich dazu bei, dass der Blick auf die Klassengesellschaft verstellt bleibt und sich alle bloss um die Zukunft der «Mitte» sorgen. Nicht nur die Politiker*innen «drängt es also zur Mitte». Auch zahlreiche Soziolog*innen beteiligen sich an der Konstruktion einer Ideologie oder Mythologie der Mitte, mit der die Klassenfrage gleichsam abgeschafft wird.

Das sind starke Thesen, und nicht immer gelingt es dem Verfasser, sie überzeugend darzulegen. Der Text ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil greift Kadritzke Studien aus der Zeit der Weimarer Republik (1918–1933) auf, die sich mit der Frage beschäftigten, ob es sich bei den «Angestellten» um eine neue soziale Klasse handelte oder um eine neue Fraktion der Arbeiterklasse. Der Autor erinnert an Gustav von Schmollers Vortrag am Evangelisch-sozialen Kongress von 1897, der sozusagen den «neuen Mittelstand» aus der Taufe hob. Gegen den steigenden Einfluss des Marxismus prophezeite der führende Kopf der Historischen Schule der Nationalökonomie, es werde nicht zwangsläufig zur Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie kommen, da in der Mitte der Gesellschaft immer wieder neue Gruppen zum traditionellen, teilweise dem Untergang geweihten Mittelstand stossen würden. Soziologen der Weimarer Zeit – wie Theoder Geiger, Carl Dreyfuss, Hans Speier und Siegfried Kracauer – hielten dagegen den neuen Mittelstand für eine unscharfe, wenn nicht idealistische Kategorie, hinter der sich eine grosse Vielfalt unterschiedlichster Arbeits- und Lebensrealitäten verbarg. Sie versuchten eine modifizierte Klassentheorie zu entwerfen, der zufolge Angestellte und Arbeiter*innen derselben Klasse der Lohnabhängigkeit

angehörten, welche sich jedoch zunehmend ausdifferenzierte und immer weniger Elemente eines gemeinsamen Klassenbewusstseins aufwies.

Der zweite Teil des Texts schlägt einen sehr weiten Bogen von der Nachkriegszeit, als 1953 mit Helmut Schelskys Begriff der «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» in der deutschen Soziologie erstmals das Ende der Klassengesellschaft ausgerufen wurde, bis zum Lagebericht der Herbert-Quandt-Stiftung von 2007 «über die gesellschaftliche Mitte in Deutschland». In diesem Kontext geht Ulf Kadritzke auf einige aktuelle soziologische Studien zu sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Mitte in Deutschland ein. Leider verfolgt er dabei nicht das Ziel, die eine oder andere interessante Frage oder Beobachtung aus diesen Studien aufzugreifen und ernsthaft zu diskutieren. Letztlich geht es ihm nur darum, diese Autor*innen der «Entsorgung der Klassenfrage» zu überführen und ihre «begriffslose Soziologie der Mitte» (S. 80) anzuprangern. Zwar räumt er in einer Fussnote (Nr. 47) durchaus ein, dass Autor*innen wie Nicole Burzan, Claudia Koppetsch, Steffen Mau, Oliver Nachtwey und Berthold Vogel «wichtige Seiten der veränderten Gesellschaftsstruktur empirisch sorgfältig darlegen». Aber er tut dies nur, um sogleich anzufügen: «An ihrem begrifflichen und damit auch politischen Umgang mit der Mitte zeigt sich jedoch, dass die Missachtung der Klassenfrage den Ertrag ihrer Erkenntnisse schmälert.» Solche pauschalen Aussagen werden nun jedoch der Komplexität und Vielseitigkeit der aktuellen soziologischen Diskussion in keiner Weise gerecht. Sie verweisen auf eine Prämisse, die diesem Buch zugrunde liegt, aber nirgends ganz explizit ausgesprochen wird: Es gibt letztlich nur eine richtige Weise, die Klassenfrage zu thematisieren,

und diese beruht auf der marxistischen Klassentheorie.

Nun kann man sehr wohl mit Ulf Kadritzke einiggehen, dass es eine Mythologie der Mitte gibt, die kritisch hinterfragt werden sollte. Genau so würde ich sein Plädoyer teilen, es nicht bei einer Analyse sozialstatistischer Daten über Einkommen oder Bildung bewenden zu lassen, sondern auch die Produktionsverhältnisse in den Blick zu nehmen und damit ganz allgemein die Art der sozialen Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen und Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft. Auch jenen in der Soziologie der Weimarer Zeit entwickelten Ansatz, der auf die Analyse der sozialen, ökonomischen und kulturellen Ausdifferenzierungen der lohnabhängigen Klasse zielt, statt der Arbeiterklasse einen neuen Mittelstand entgegenzustellen, halte ich für durchaus zielführend. Allerdings sollte sich jemand, der in dieser Perspektive weiterdenken und forschen will, heute den kritischen Fragen stellen, die im Laufe der Geschichte an die marxistische Klassentheorie gerichtet wurden. Und dies tut Ulf Kadritzke leider kaum. An verschiedenen Stellen räumt er zwar ein, dass es ein Problem mit der Unterscheidung zwischen richtigem und falschem Klassenbewusstsein gibt. Auch warnt er hier und da vor ökonomistischem Reduktionismus bei der Klassenanalyse. Dies sind aber nur Randbemerkungen, denn im Grossen und Ganzen beruht sein Argument auf jenem Klassenrealismus, dem zufolge es soziale Klassen einfach gibt und man nur richtig hinsehen muss, um dies zu erkennen und die jeweiligen Klasseninteressen offenzulegen.

In dieser stillschweigenden Prämisse liegt die Schwäche des vorliegenden Büchleins. Seit Edward P. Thompsons 1963 veröffentlichten *The Making of the English Wor-*

king Class ist (auch) in die marxistische Diskussion die Erkenntnis eingeflossen, dass Klassen nicht einfach da sind, sondern «gemacht werden». Pierre Bourdieu hat nicht nur aufgezeigt, dass die Ausdifferenzierung von Geschmack und Lebensstil konstitutiv für die Klassenbildung sind, sondern auch hervorgehoben, dass dem Klassenkampf ein Klassifizierungskampf vorausgeht, in dem die jeweils vorherrschenden Prinzipien der (Di-)Vision des Sozialen auf dem Spiel stehen. Von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe können wir lernen, dass Interessen aktiv artikuliert werden und sich nicht einfach aus einer objektiven Position ableiten lassen. Und so weiter und so fort: Solche theoretischen Debatten scheinen am Verfasser dieses Büchleins ebenso spurlos vorbeigegangen zu sein wie die Einwände, die etwa aus feministischer oder postkolonialer Perspektive gegen die marxistische Klassentheorie vorgebracht wurden. In der Tat war das «revolutionäre Subjekt» des Marxismus unreflektiert männlich und weiss, und in den epischen Diskussionen über Haupt- und Nebenwidersprüche hatte sich der marxistische Widerstand gegen Relativierungen dieser Setzung geäussert. Ebenso selbstverständlich fokussierte die marxistische Klassentheorie weder auf Angestellte noch auf Selbständige oder Erwerbslose, sondern auf «richtige Arbeiter» – so lange (und auch noch länger als), wie sich dies in der vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Grosswetterlage aufrechterhalten liess.

Ulf Kadritzke kommt das Verdienst zu, an längst vergessene soziologische Untersuchungen aus der Weimarer Zeit zu erinnern. In der Tat weisen diese einen überraschenden Aktualitätsgehalt auf, gerade in Bezug auf soziale und kulturelle Ausdifferenzierungen der lohnabhängigen Klasse.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass sich auf der Grundlage dieser Studien gewisse Aspekte der Klassenfrage im heutigen neoliberalen und sich globalisierenden Kapitalismus nur unzureichend verstehen lassen. In diesem Sinne wäre es wichtig, die Mythologie der Mitte nicht nur theoretisch zu hinterfragen, sondern soziologisch zu untersuchen: Wenn wir diese Mythologie als verbreitete (Di-)Vision des Sozialen ernst nehmen, führt es nicht weiter, sie als falsch zu kennzeichnen. Vielmehr ginge es um die Frage, welche neuen Erkenntnisse über die Klassengesellschaft sich durch eine Erforschung des «Mythos Mitte» gewinnen lassen. Diesbezüglich sei die Hypothese gewagt, dass die Bedeutung des Mittelstandes heute weniger als während der Weimarer Zeit darin liegt, ein Bollwerk gegen die Arbeiterklasse zu bilden. Stattdessen hat eine Sicht auf die soziale Welt an Einfluss gewonnen, welche das Denken in gesellschaftlichen Grossgruppen an sich diskreditiert. Ulrich Becks Individualisierungstheorie, die in diesem Büchlein erstaunlicherweise nicht thematisiert wird, lässt sich seit den 1980er-Jahren als Kronzeugin dieses Umbruchs ins Feld führen. Im Bild einer atomisierten Gesellschaft ist die Mitte zunächst einmal nichts weiter als eine statistische Aggregation jener Menschen, in deren Lebensentwürfen der von Luc Boltanski und Ève Chiapello untersuchte «Neue Geist des Kapitalismus» mehr oder weniger zu halten scheint, was er verspricht. Die sozialen Klassen sind, wie Bourdieu sagt, nur noch «auf dem Papier» da. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit müssen sie erst von neuem gemacht werden, um wieder sichtbar zu werden.

Peter Streckeisen

Esteban Piñeiro / Seraina Winzeler (Hg.): **Wohnungsnot als gesellschaftlicher Konflikt.** Alfred Kunz und die Gemeinnützige Stiftung Wohnhilfe Basel. Schwabe Verlag, Basel 2017 (302 S.)

Wie der Untertitel deutlich macht, ist der vorliegende Sammelband im Auftrag der Gemeinnützigen Stiftung Wohnhilfe Basel entstanden. Die Stiftung Wohnhilfe stellt seit 1979 «randständigen» Menschen in Basel kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung und fördert mit betreutem Wohnen deren sogenannte Wohnkompetenz. Federführend bei der Gründung war der 2012 verstorbene reformierte Pfarrer Alfred Kunz. Dessen ausführliches Privatarchiv stellt den grossen Fundus für die empirischen Daten der Texte.

Das Buch ist Resultat eines Forschungsprojektes der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) für Soziale Arbeit und reflektiert das sozialarbeiterische Tätigkeitsfeld der Stiftung Wohnhilfe und dessen Geschichte. Herausgegeben wird das Buch von Esteban Piñeiro, Dozent an der FHNW und selbst von 2003 bis 2016 Stiftungsrat der Wohnhilfe, sowie Seraina Winzeler, Filmwissenschaftlerin aus Zürich.

Es ist erfreulich, dass diese «Auftragsarbeit» weit mehr wurde als eine kritische Würdigung der Stiftung: Wie der Titel *Wohnungsnot als gesellschaftlicher Konflikt* andeutet, verorten die HerausgeberInnen die Entstehung der Stiftung in den Auseinandersetzungen der Kommunen-, MieterInnen- und Jugendbewegungen im Basel der 1960er- bis 1980er-Jahre. Das mit etlichem Fotomaterial versehene und ansprechend gestaltete Buch leistet denn auch eine wertvolle sozialhistorische Darstellung dieser bisher kaum akademisch aufgearbeiteten Basler Bewegungsgeschichte.

Herzstück des Sammelbandes ist der gut 120 Seiten umfassende Aufsatz der HerausgeberInnen. Esteban Piñeiro und Seraina Winzeler stöbern sich auf «genealogischer» Spurensuche durch den Nachlass von Alfred Kunz, durch Polizeiakten, Vollversammlungsprotokolle und die bewegungseigenen Filme, um die «Entstehungs-herde» der Stiftung Wohnhilfe aufzuspüren (S. 34).

Daran anschliessend analysiert Sandra Janett, wie sich die aus der Bewegung entstandene Stiftung Wohnhilfe von einer autonomistisch agierenden Organisation stufenweise zu einer professionalisierten Wohnbetreuung entwickelte, die mittlerweile finanzielle Mittel der Stadt erhält. Andreas Manz, Gründungsmitglied und ehemaliger Stiftungsrat, diskutiert die in der Stiftung vorhandenen Widerstände gegen den «Sozialarbeiterismus» und die Probleme der Professionalisierung. Silke Müller-Hermann beleuchtet mit etwas viel Methodentreue die Biografie von Alfred Kunz. Das Buch schliesst mit zwei kurzen Aufsätzen von Urs Kaegi sowie Peter Kurz und Axel Delvoigt zu Gegenwart und Zukunft der Wohnhilfe. Die Beiträge zur Stiftung zeigen besonders für eine sozialarbeiterisch informierte und interessierte LeserInnenschaft eine erhellende Innenperspektive auf die Entwicklung der professionellen Wohnbetreuung.

Für alle, die sich aus Halbdistanz vor allem für die Kontextualisierung der Wohnbetreuung in Stadtentwicklung und Bewegungsgeschichte interessieren, ist der Aufsatz von Piñeiro und Winzeler von besonderem Interesse. Seine leitende These: Öffentliche Proteste – die sich besonders durch autonome Raumaneignungen und alternative Lebensformen gegen die «bürgerliche Ordnung» richteten – wurden über die Jahre durch die Soziale Arbeit individu-

alisiert und in «pädagogisch-private Fälle» heruntergebrochen.

Mithilfe einer auf Henri Lefebvre abstützenden Raumtheorie, die die machtvolle Co-Produktion von Raum und Gesellschaft betont, fragen Piñeiro und Winzeler, wie der Wohnraum und der öffentliche Raum von den Bewegungen nicht nur als Bühne genutzt, sondern als Gegenstand der Proteste neu definiert wurden. Dabei begreifen sie diese Räume mit dem Foucault'schen Begriff der «Heterotopie» als Gegenräume. Anhand der Kommunenbewegung der 1960er-Jahre zeigen sie, was sie damit meinen: Die Kommunen haben versucht, die «bürgerliche Ordnung» umzustürzen, indem sie durch die direkte Aneignung von (Wohn-)Räumen neue gemeinschaftliche Lebensformen schufen. Diese Heterotopien richteten sich gegen die gesellschaftliche Ordnung, ihre gesellschaftspolitische Bedeutung löste sich aber aufgrund mangelnder öffentlicher Artikulation und des Rückzugs ins Private bald auf.

Im darauffolgenden Jahrzehnt der 1970er-Jahre kam es im von Wohnungsnot geprägten Basel zu weiteren wohnpolitischen Aktionen. Die BewohnerInnen von abrisssbedrohten Häusern begannen, sich zu organisieren. Die Kündigung ihrer Mietverträge sahen sie als Ausdruck einer primär renditeorientierten Stadtplanung. Die von der Partei Progressive Organisationen Basel (POB) und teilweise von den SozialdemokratInnen mitgetragene Bewegung verstand die Häuserkämpfe «als Teil eines strategisch ausgerichteten sozialpolitischen Kampfes» (S. 92). Das breite Bündnis setzte auch parlamentarische Mittel ein und benutzte verstärkt den öffentlichen Raum als Protestbühne, etwa bei einem Sleep-in auf dem Marktplatz. Die AutorInnen argumentieren, dass es den MieterInnenkämpfen – im Gegensatz zu den Kom-

munen – nicht gelungen sei, Gegenräume zu erzeugen: «Nicht die Lebensform wird hier politisiert, sondern ein sozialpolitisches Problem aufgeworfen. [...] Der Gegenraum bleibt eine Leerstelle.» (S. 92) Diese Analyse erstaunt, denn auch die MieterInnen besetzten ihre Häuser und begannen, sie selbst zu verwalten.

Den AutorInnen geht es jedoch darum, den Gegensatz zwischen wohnpolitischem Kampf und der Aneignung von Gegenräumen als Grund der sich gegen Ende der 1970er-Jahre abzeichnenden «Abspaltung der Jugendbewegung von der Mieterbewegung» aufzuführen (S. 100). Die Jugendbewegung will nicht mehr wohnpolitische Forderungen stellen: Im Februar 1981 eröffnet sie mit der Besetzung eines Eckhauses an der Solothurner-/Pfeffingerstrasse ein autonomes Jugendzentrum (AJZ). Damit richtet sich der Fokus der Bewegung, wie bereits in den 1960er-Jahren, auf das Innere des Gegenraums, der in den Bewegungsfilmen als «Festung inmitten eines hegemonialen städtischen Arrangements inszeniert» (S. 104) werde. Allerdings bildet sich in dieser «Festung» kaum eine Organisationsstruktur. Passiver Konsum sowie Drogen- und Gewaltprobleme strömen unkontrolliert in den Gegenraum, konsterniert stellt die Bewegung selbst fest, dass das AJZ innert wenigen Wochen zu einem «mistkübel für die scheissgesellschaft» (S. 127) wurde. Das AJZ, so die AutorInnen, müsse deshalb als «Heterotopie ex negativo» (S. 124) betrachtet werden, als ein Gegenraum, der sich nicht über die eigenen Inhalte definierte, sondern über die Ablehnung der bürgerlichen Regeln. Diese projizierte sich jedoch in den Gegenraum und kehrte sich dort um: Es entstand keine hierarchiefreie Basisdemokratie, sondern ein Recht des Stärkeren. Die Utopie der Autonomie wurde zur Dystopie der Anomie.

Die aufkeimenden Konflikte im und um das AJZ nutzte die Basler Regierung dazu, die Bewegung als Sicherheitsrisiko darzustellen. Auch in der Nachbarschaft stiess das AJZ auf Widerstand, sodass sich gar «Bürgerwehren und Rockerbanden» (S. 131) bildeten, die sich mit den AJZlerInnen prügelten. Die Polizei schien zwischenzeitlich die Kontrolle über die Nachbarschaft zu verlieren, im Mai 1981 räumte sie schliesslich das AJZ. Damit beenden die AutorInnen auch die Erzählung der Bewegung – leider, denn auch in den auslaufenden Achtzigern kam es zu Besetzungen, die Gegenräume zu eröffnen versuchten und Basels Behörden weiterhin auf Trab hielten.

Nun fragen Piñeiro und Winzeler, wie der «anomische Gegenraum des AJZ zum Ausgangspunkt hegemonialer Praktiken [wurde], mittels derer sich die negativen Entwicklungen in die «richtigen Bahnen» lenken liessen» (S. 17). Dazu brauchte es eine diskursive Verschiebung, welche ausgehend von der Wohnungsnot hin zur Autonomie schweifte, die danach von der Regierung zu einem Sicherheitsproblem stilisiert wurde. Schliesslich wurde die Bewegung paternalisiert und die sozialen Probleme der «verwaorlosten Jugend» hervorgehoben, die es nun, so der Regierungsrat, mit «Zuneigung, Pflege und Unterstützung» (S. 142) anzugehen gelte. Die Soziale Arbeit sollte in der Folge die kollektiv-politische Aneignung von Gegenräumen durch eine individuell-sozialarbeiterische Behandlung der Wohnungsfrage ablösen. Dies, indem die Wohnhilfe – so das raumtheoretische Argument – in ihren Wohnungen kontrollierte «Abweichungsheterotopien» schuf, die die Autonomieforderungen in einen institutionalisierten Rahmen überführten. Piñeiro und Winzeler stellen fest: «Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Soziale Arbeit historisch gesehen

selbst das Produkt sozialer Bewegungen ist, denen sie mit zunehmender Professionalisierung nun das Wasser abzugraben scheint.» (S. 24)

Diese Interpretation stellt der damals entstehenden Stiftung Wohnhilfe eigentlich kein gutes Zeugnis aus. Als kritische Analyse, die sich nicht auf ein solches Verdikt reduzieren lässt, eröffnet sie jedoch das Potenzial, die Herausforderungen sozialarbeiterischer Wohnbetreuung in der aktuellen politischen Lage Basels, ausgehend von ihrer Entstehungsgeschichte, zu untersuchen.

Dafür aber muss, wie von den AutorInnen nur an wenigen Stellen angetönt, über die Raumtheorien hinausgedacht werden. Denn der Fokus auf Heterotopien kann sowohl in der Theorie wie in der Praxis die Illusion befördern, dass Machtverhältnisse im Innern der Heterotopie ausgeschaltet oder umgedreht werden könnten. Das verdeckt, um bei einem Bild von Michel Foucault zu bleiben, dass die heterotopen Räume eben nur kleine Nusschalen sind, die in einem gesellschaftlichen Meer von machtvollen Strömungen hin- und hergeschoben werden.

Die Stiftung Wohnhilfe entwickelte sich in einer Zeit, als sich der Wohnungsmarkt in Basel bei Rückgang der Wohnbevölkerung langsam entspannte. Seit einigen Jahren besteht in Basel wieder Wohnungsnot. Die rot-grüne Regierung verfolgt – so diskutierten dies unlängst Olivia Jost und Hans Schächli in *Widerspruch* 68 – eine neoliberale Stadtpolitik, die der privatwirtschaftlichen Verfassung des Wohnungsmarktes Vorschub leistet. Die im Buch diskutierte Anbindung der Stiftung an die städtische Sozial- und Wohnpolitik bedeutet in diesem Kontext auch, dass die Stadt die Verantwortung für die Wohnungsfrage an soziale Institutionen dele-

giert und die «aus dem Wohnungsmarkt Gefallenen» nicht als politisches, sondern als spezifisch sozialarbeiterisches Problem zu definieren versucht. Damit steht nicht mehr die den gesamten Wohnungsmarkt betreffende Eigentumsordnung zur Disposition, sondern die Gestaltung sozialer Hilfe für «vom Markt Ausgeschlossene».

Piñeiro und Winzeler schreiben, dass die Stiftung Wohnhilfe die Wohnungsnot «nicht in der Tradition des klassisch sozialpolitischen Narrativs der sozialen Frage [artikulierte], die sich rund um das Klassen- und Umverteilungsproblem organisierte» (S. 25). Vielleicht ginge es aber – wie auch Sibille Hartmann im *Widerspruch* 69 diskutierte – im Kontext von Immobilienspekulation, Austerität und New-Public-Management gerade um die Frage, welche Rolle die Soziale Arbeit in dieser Verteilungsfrage spielt.

So legen die AutorInnen am Schluss der Einleitung überzeugend dar, dass die zentrale Herausforderung für die Sozialarbeitenden darin besteht, «eine klare Position zu beziehen: sich entweder als institutionelles oder staatliches Gegenüber von Betroffenen zu begreifen, das sich seiner normierenden und normalisierenden Position bewusst ist [...] – oder aus einer professionell verstandenen Betroffenheit heraus zu agieren» (S. 19). Wie allerdings die aus dieser Betroffenheit, als «Mut von Professionellen zum zivilen Ungehorsam» (ebd.) beschriebene Herangehensweise umgesetzt werden könnte, bleibt im Buch unangedeutet offen.

Die Praxis zeigt dafür erste Ansätze. In Basel hat das Netzwerk Wohnungsnot, ein Zusammenschluss von sozialen (Wohn-) Organisationen, jüngst eine kantonale Initiative eingereicht, die das «Recht auf Wohnen» für alle StadtbewohnerInnen in die Verfassung schreiben will. Die Soziale Ar-

beit verbindet sich damit wieder mit der in Basel aufkeimenden wohnpolitischen Bewegung. So könnte die von den AutorInnen beschriebene Trennung aufgelöst werden, die in den 1970er-Jahren zwischen wohnpolitischer Verteilungsfrage und Gegenraumkämpfen entstand. *Wohnungsnot als*

gesellschaftlicher Konflikt liefert dazu vielfältige Denkanstösse und legt einen wichtigen Grundstein für aktuelle Wohnkämpfe – in Basel, aber auch in vielen weiteren Städten.

Jonas Aebi

Therese Wüthrich

Rot, Grün, Blau: Der Rotpunktverlag wird vierzig!

Im August 2017, an einem lauschigen, eher kühlen Sommerabend, feierte der Rotpunktverlag in Zürich mit Autoren und Autorinnen, Aktionären und Aktionärinnen, Freunden und Freundinnen, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und weiteren Zugehörigen sein vierzigjähriges Bestehen. Gefeiert wurde eine bewegte und lebendige Geschichte mit Erinnerungen, die wohl kaum zu zählen sind. So meinte der Festredner Köbi Gantenbein, Aktionär, Autor und Hausfreund, wie er sich selbst bezeichnet, am Schluss seines humorigen Beitrages: «Und waren es zu Beginn beherzte Männer in verrauchten, dunklen Stuben, so sind es für die Zukunft beherzte Frauen und Männer in gesunden, lichten Räumen mit schöner Gartenwirtschaft, gelegen am Park.»

Fulminant stiegen sie ein, die «beherzten Männer», ins Verlagswesen, das sie als politisches Projekt verstanden und das zugleich Motivation war. Als erstes Buch gaben sie *Ausgewählte Reden zur internationalen Politik 1965–1976* von Fidel Castro heraus. Fidel Castro war bekannt für seine langen Reden; wenn er anfang, dann hörte er nicht mehr auf – fast fünfzig Jahre lang. Der Rotpunktverlag nähert sich nun langsam Fidels Ausdauermarke, wie in der Jubiläumsbroschüre «40 Jahre Rotpunktver-

lag» nachzulesen ist. Mit der Herausgabe von Castros Reden stand fest: der Rotpunktverlag ist ein linker Verlag mit Schwerpunkt auf politischen, antikapitalistischen Schriften und Sachbüchern sowie gesellschaftskritischer Literatur. «Und so kam es», hob der Festredner hervor, «dass es keinen Verlag im deutschen Sprachraum gibt, der die lateinamerikanische Literatur so kenntnisreich und leidenschaftlich uns [Lesenden] beibrachte.» Es seien Autoren wie Roque Dalton und Antonio Dal Masetto, «die wir alle nicht kennen würden ohne euch Rotpunkte. Sie sind ein Blatt eures Lorbeers, eingelegt in die Geschichte der Verlage». Und der Festredner weiter: «Eines meiner liebsten Bücher aus dem Rotpunktverlag ist die Ode an die *Alpenblumenlese* von Corinna Bille. Sie kommt aus dem Wallis und mein anderes liebstes Buch kommt aus Berlin – *Ausser sich* von Ursula Fricker. Kuba, El Salvador, Argentinien, Lavin, Celerina und Rhäzüns – Rotpunkt, der Weltpunkt.» Das hat nicht zuletzt mit Andreas Simmen zu tun, dem langjährigen Programmleiter, der sich für die Literatur Lateinamerikas begeistern konnte.

Vierzig Jahre Rotpunktverlag, das sind nicht zuletzt auch über 760 Buchtitel, von

knapp 400 AutorInnen verfasst, über eine Million verkaufter Bücher und 620 unterstützende AktionärInnen. Thomas Heilmann, Geschäftsführer und einer der Gründerväter, resümiert: Ein Buchverlag müsse sich immer wieder neu erfinden, obwohl sein Produkt (fast) das älteste Medium der Menschheit sei. Ein Verlag müsse sensibel bleiben und die Nase im Wind halten. So schafft es nun der Verlag, nach vierzig Jahren den Generationenwechsel herbeizuführen. Die Gründerväter können sich also wohlverdient zurückziehen. Die Programmleitung wird nun in die engagierten und motivierten Frauenhände von Daniela Koch und Sarah Wendle übergeben.

Für 2017 gibt sich das Verlagshaus zudem ein Verlagsprogramm «Rot, Grün, Blau» und will damit einen Überblick über aktuelle Themen, Sparten und Reihen vermitteln, in denen sich der Rotpunktverlag weiterbewegen will. Rot steht für das Sachbuch, das Herzstück des Verlags: Ein kritischer Blick auf aktuelle Zeitfragen, neue Themen ausleuchten, Debatten anstossen, Hintergründe aufzeigen, überraschen, erhellen, anregen, aber auch unterhalten – wie bereits vor vierzig Jahren.

Grün steht für die Reihe Wanderbuch, die der Rotpunktverlag zu Beginn der Neunzigerjahre unter dem Leitsatz «Wir setzen der drohenden Zerstörung des Alpenraums ein paar Füsse entgegen» startete. Das Format Wanderbuch entstand dank einer Gruppe von Journalisten und Geografen, unter ihnen Jürg Frischknecht. Auch der Hausfreund Köbi Gantenbein erinnert sich: «Bei Rotpunkts schrieben Ursula Bauer und er [Jürg Frischknecht] eine eindruckliche und sehr schöne und auch für sie zwei glückliche Erfolgsgeschichte: das politische Wanderbuch, das politisch-kulinarische, das politisch-historische,

das politisch-lebenspralle Wanderbuch.» Bestens bekannte Regionen wie die Surselva oder das Rätikon hätten sie neu gezeigt, aber auch unbekannte Regionen wie die Valle Maira oder die Stadt Zürich seien beschrieben worden, resümiert Gantenbein, auch mit kritischem Blick: «Die holprige Schlagzeile [und Buchtitel] *Wandert in der Schweiz, solange es sie noch gibt* stimmt nicht. Ich war übrigens der Zeilendrechsler – dieser Titel holpert nicht nur mit Bergschuhen übers Geröll, er ist falsch. Ihr werdet noch wandern, auch wenn es die Schweiz nicht mehr gibt.»

Mit dem Label Edition Blau soll das belletristische Programm neu geschärft werden. Unter anderem soll die Schweizer Literatur der verschiedenen Landessprachen neu respektive wiederentdeckt werden. Zu den neuen Stimmen gehören Autoren wie Bruno Pellegrino aus Lausanne oder der Italiener Paolo Cognetti, der vor kurzem mit dem wichtigsten Literaturpreis Italiens, dem Premio Strega, ausgezeichnet wurde; oder Autorinnen wie Yael Inokai aus Basel, die in Berlin lebt, oder die Bündlerin Romana Ganzoni. Zu ihnen gehört auch Leta Semadeni, die mit ihrem Romanerstling *Tamangur* mit bisher zwölf Auflagen monatelang auf der Bestsellerliste stand, aber auch die Trägerin des Schweizer Grand Prix Literatur 2017, Pascale Kramer, eine in Paris lebende Genferin.

Und nicht zu vergessen: Seit bald fünf Jahren vertreibt der Rotpunktverlag auch die *Widerspruch*-Hefte, Beiträge zu sozialistischer Politik.

Die *Widerspruch*-Redaktion stellt sich in die Reihe der Gratulanten und Gratulantinnen, freut sich über die Erfolge, genauso wie über die gute Zusammenarbeit und wünscht alles Gute!

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

322 Philosophie der Praxis (I) Elemente eines Neuanfangs

R.COHEN: Hundert Tage des Donald Trump

H.P.KAMMERER: Ästhetik des Widerstands in der heutigen Welt

Editorial. Elemente eines Neuanfangs

T.BARFUSS & P.JEHLE: Philosophie der Praxis als Schlüssel zu
Gramscis Politik

W.F.HAUG: Das »Kapital« von den Feuerbach-Thesen her lesen

M.VESTER: Praxeologische Klassentheorie

W.SCHMIED-KOWARZIK: Philosophie der Praxis und Mensch-Natur-Dialektik

M.LÖWY: Philosophie der Praxis angesichts des Stoffwechsel-Risses

F.HAUG: Praxis von Kritik

Faschismus oder Nationalsozialismus?

U.PLENER: Eine Aufforderung zur Diskussion

W.F.HAUG: »Korrekt einzig vom Standpunkt der Nazis«

Einzelheft 13€ (im Abo 10€, zzgl. Versand)

www.inkrit.org/argument

Redaktion DAS ARGUMENT

Ines Schwerdtner

Kontakt: argument@inkrit.org

Abo & Versand

versand-argument@t-online.de

Tel: 030-611-3983